



STATISTIK IN SCHLESWIG- HOLSTEIN



AUS DER ARBEIT DES STATISTISCHEN LANDESAMTES



KIEL, JUNI 1981



1226/34

1226/34



STATISTIK IN SCHLESWIG- HOLSTEIN

AUS DER ARBEIT DES STATISTISCHEN LANDESAMTES



KIEL, JUNI 1981

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Zum Geleit

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein hat im Frühjahr 1981 ein neues Dienstgebäude bezogen. Seine Mitarbeiter nehmen dieses Ereignis zum Anlaß, der Öffentlichkeit Einblick in ihre Aufgaben und ihre Arbeitsweise zu geben. Sie werben damit zugleich in unserer Bevölkerung um Vertrauen und um Verständnis für ihre Arbeit. Auf beides ist das Statistische Landesamt in hohem Maße angewiesen, denn es berührt — mehr als viele andere Verwaltungen — jeden von uns durch vielfältige Informationsströme und viele auch durch die notwendige Datenbeschaffung. Zu Information und Daten gehören zugleich Datenschutz und Öffentlichkeit. Gesetzliche Festlegung des Befragungsprogramms, strengste Geheimhaltung erhobener Einzelangaben und freier Zugang zu den erarbeiteten Ergebnissen sind daher seit langem Fundamente der amtlichen Statistik.

Der Gesetzgeber sollte die Notwendigkeit der einzelnen statistischen Erhebungen mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung ständig überprüfen. Andererseits muß vor allem bei den Auskunftspflichtigen stärker als bisher der Nutzen bestimmter Statistiken deutlich gemacht werden, um unberechtigte kritische Vorurteile abzubauen und um mit Überzeugungskraft den Abbau entbehrlicher Statistiken betreiben zu können.

Das Statistische Landesamt macht Jahr für Jahr die Entwicklungslinien wichtiger Bereiche unseres öffentlichen Lebens sichtbar. Es erarbeitet damit unentbehrliche Entscheidungshilfen für alle, denen die Entwicklung unseres Landes und das Wohl seiner Bürger am Herzen liegen. Bund und Länder entscheiden, welche Informationen zum Nutzen aller erforderlich sind und welche Auskunftsmühen dem

~~12.8.81 GE 767~~

~~Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Hamburg~~

~~S/4 | 1981
1226/34~~

~~2
Geleit
ex.~~

Gelöscht
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
- Bibliothek -

einzelnen Bürger zugemutet werden müssen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird auch weiterhin für einen vernünftigen Interessenausgleich eintreten. Für sie haben die objektive statistische Information einerseits und der Wunsch der Bürger nach Befreiung von unnötigen Belastungen andererseits einen hohen Rang.

Ich danke den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes für die bisher geleistete **Arbeit und** wünsche ihnen in den neuen Arbeitsräumen viel Erfolg.

Uwe Barschel

*Dr. Uwe Barschel
Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein*



Vorwort

Mehr als 35 Jahre sind seit den Tagen vergangen, als amtlich in Schleswig-Holstein erhobene Daten auch erstmals an Ort und Stelle bis zur statistischen Aussage verdichtet, also amtliche Statistiken in diesem Lande produziert wurden. Und ebenso lange war die damit betraute Behörde — das heutige Statistische Landesamt — in mehreren verschiedenen Gebäuden untergebracht, was die Zusammenarbeit oftmals erschwerte. Im Frühjahr 1981, mit dem Umzug in das neue Dienstgebäude in der Fröbelstraße, ist zum ersten Mal das ganze Amt unter einem Dach vereinigt. Damit sind die Voraussetzungen sowohl für die innerbetriebliche Zusammenarbeit als insbesondere auch für einen noch wirkungsvolleren Datenschutz besser geworden. Die Angehörigen des Amtes nehmen dies zum Anlaß, um allen am Bauvorhaben Beteiligten — aus der Unterbringungsverwaltung, der Bauverwaltung und den am Bau beteiligten Firmen — für das vollbrachte Werk zu danken.

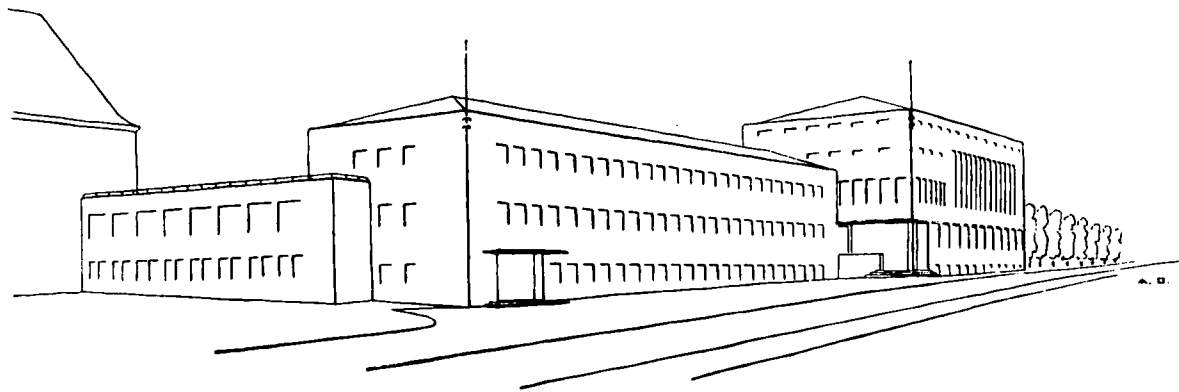
Wir wollen dieses Ereignis aber auch benutzen, um einer interessierten Öffentlichkeit Einblick in Aufgaben und Arbeitsweise unseres Amtes zu geben. Wir wenden uns an den Bürger, der durch vielfältige Befragungs- oder Informationsströme mit dem Amt verbunden ist — und nicht an den Fachkollegen, der diese oder jene Vereinfachung verzeihen möge. Der Statistische Dienst ist gerade in den letzten Jahren wegen der Belastung, die seine Tätigkeit vielen Mitbürgern auferlegt, öffentlich oft heftig kritisiert worden. Gemeinsam mit den Auftraggebern hat er deswegen sein Programm überprüft und, wo es ging, gestrafft oder von Unentbehrlichem entlastet. Um so notwendiger ist es nun, für das Unentbehrliche Verständnis zu wecken.

Die offizielle Aufgabenstellung für das Amt — „... zuständig für die Durchführung der Bundes- und Landesstatistik ...“ — drückt nur sehr formal aus, worum es geht. Mehr läßt sich schon aus den beiden Polen unserer Tätigkeit erkennen: **Daten gewinnen** aus den wichtigsten Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens und **Informationen bereitstellen** für Parlamente, Regierungen und Verwaltungen des Landes und des Bundes sowie für Wirtschaft, Wissenschaft, Presse und für Jedermann. — Diese geraffte Formel wollen wir in dieser Schrift mit anschaulichen Beispielen erläutern. Wir wollen damit nicht nur zeigen, daß Statistik interessant ist, sondern vor allem auch, daß sie von Nutzen, ja unentbehrlich ist für ein modernes Staats- und Gesellschaftsleben.

Dr. Dieter Mohr

Direktor des Statistischen Landesamts

Kiel, im April 1981



Inhalt

| | Seite |
|--|-------|
| Was ist dies für ein Haus? | 8 |
| Entwicklungslinien der Statistik in Schleswig-Holstein | 10 |
| Die Anfänge | 10 |
| Das heutige Amt gewinnt Gestalt | 12 |
| Entwicklungen im statistischen Programm | 14 |
| Entwicklungen in Technik und Methode | 15 |
| Was ist Statistik und wie machen wir sie? | 18 |
| Was ist hier Statistik? | 18 |
| Wie machen wir Statistik? | 20 |
| Die Abteilungen stellen sich vor | 26 |
| Bevölkerungsstand und -bewegung, Bildung | 26 |
| Agrarwirtschaft, Preise, Löhne | 34 |
| Handel, Verkehr, Soziales, Bevölkerungszensus | 45 |
| Finanzen, Steuern, produzierendes Gewerbe, Umweltschutz, Bautätigkeit | 57 |
| Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verwaltung, zentrale Dienste | 68 |
| Die Personalvertretung stellt sich vor | 74 |
| Anhang | 78 |
| Veröffentlichungsübersicht | 78 |
| Organisationsplan | 81 |

Was ist dies für ein Haus?

Wer ließ' so schönes Haus denn dem Verfall,
Wenn väterliche Sorgfalt es bewacht'
Vor winterlicher Stürme wildem Prall
Und eitler Wut und eisiger Todesnacht?

Shakespeare: Sonette (13)

Als der Neumünsteraner Stadtbaurat Carl Lembke für das „Schleswig-Holsteinische Jahrbuch 1930/31“ einen Beitrag über den „baulichen Ausdruck unserer Zeit in Schleswig-Holstein“ verfaßte, wählte er gleichsam als Sinnbild seiner Vorstellungen den Neubau der Pädagogischen Akademie in Kiel aus und stellte eine perspektivische Darstellung des Gebäudes dem Titel voran. Obwohl der Bau später noch einmal als Herberge des ersten Landtages unseres Landes in das Rampenlicht rückte, ist er von nur wenigen architektur- und kunstgeschichtlich Interessierten beachtet und von Eingeweihten als Geheimtip gehandelt worden. Damit ist es diesem Haus ähnlich ergangen wie vielen anderen in Deutschland, die zur Zeit ihrer Erbauung von der Fachwelt gefeiert, von den Bürgern beschimpft und kurz darauf von den Nationalsozialisten als „undeutsch“ diskreditiert wurden. Hierzu gehören in Kiel auch das Arbeitsamt am Wilhelmsplatz (erbaut 1928 - 29), die Provinzial-Versicherung am Sophienblatt (1929), der Sartori-Speicher (1925 - 26) und — um hier ein Beispiel aus dem Bereich des Wohnungsbaues zu nennen — das städtische Altersheim am Westring (1928 - 29). Alle diese Gebäude haben das Gesicht der Stadt Kiel entscheidend geprägt, sie repräsentieren in außergewöhnlich hoher Qualität die Backsteinkultur Schleswig-Holsteins. Inzwischen ist der Wert gerade dieser Bauten allgemein anerkannt, nicht zuletzt durch die Aufnahme in die Baudenkmälerkartei des Landesamtes für Denkmalschutz.

Auch unser neues Statistisches Landesamt ist wegen seines „geschichtlichen, künstlerischen und städtebaulichen Wertes“ als Gesamtgebäude unter Schutz gestellt worden. Dieser Bau wurde 1929 - 30 als Erweiterung des ursprünglichen „Königlichen Lehrerseminars“, der späteren „Pädagogischen Akademie“, an der Diesterweg- und Fröbelstraße geplant. Die Baubeschreibung des für den Neubau zuständigen Preußischen Hochbauamtes I in Kiel (unter der

Leitung von Reg. Baurat Feyerabend) sagt wenig über den theoretischen Hintergrund der damaligen Baugesinnung aus. Wir können jedoch ziemlich sicher sein, daß die Erbauer von der Idee des „Neuen Bauens“, die sich gerade zu dieser Zeit von Deutschland aus in alle Welt verbreitete, ergriffen waren. Ihre Ziele hatte der Architekt Walter Gropius — Direktor des Bauhauses in Dessau zu seiner Blütezeit — folgendermaßen formuliert: „Die neue Zeit erfordert den eigenen Sinn. Exakt geprägte Form, jeder Zufälligkeit bar, klare Kontraste, Ordnen der Glieder, Reihung gleicher Teile und Einheit von Form und Farbe werden entsprechend der Energie und Ökonomie unseres öffentlichen Lebens das ästhetische Rüstzeug des modernen Baukünstlers werden.“ In diesem Sinn hatten die Architekten das Bauwerk in drei Gebäudeteile gegliedert: den Verbindungs-, den Seminar- und den Aulaflügel. Der Haupteingang lag — wie auch jetzt noch — an der Nordecke des Seminarbaues. Ein zweiter Eingang befand sich an der Nordseite des Aulabaues. Dieser Eingang sollte jedoch nur bei festlichen Gelegenheiten benutzt werden. Baubeginn war im April 1930 auf einem vordem als Übungsgarten genutzten Geländeteil der Schule. Im Januar 1932 wurde das auf 862 200 RM veranschlagte Gebäude zur Nutzung übergeben. Obwohl es bereits im Oktober 1939 in ein Marine-Lazarett umgebaut wurde, 1944 ein Bunker angebaut wurde und ab 1946 die Universitäts-Kinderklinik hier Quartier fand, nebenher von August 1946 bis Mai 1950 Sitzungen des Landtages im großen Saal des Aulabaues stattfanden, änderte der Bau sein Gesicht nicht. Erst die Anforderungen unserer Zeit bewirkten stärkere Eingriffe. Aber auch wir haben uns bemüht, behutsam auf die „alte“ Substanz einzugehen. 50 Jahre sind für ein baugeschichtliches Monument eine kurze Lebenszeit. Zwischen den Erbauern und uns liegt aber auch ein tausendjähriger Schlaf. Wir haben allen Grund, mit diesem Dokument einer alten „Neuen Zeit“ auch weiterhin verantwortungsbewußt umzugehen.

Peter Hense
Regierungsbaudirektor

Entwicklungslinien der Statistik in Schleswig-Holstein

Wie will der Fürst den Staat
gut regieren,
wenn er weder die Zahl
noch die Größen kennt?
Er muß daher befragen
und danach handeln,
sonst herrscht Willkür
und es verkümmert die Tugend.

Kuan Chung (775 – 645 v. Chr.),
Chinesischer Staatsmann

Es gibt heute keine Nachrichtensendung, keine Tageszeitung oder politische Diskussion über wirtschaftliche und soziale Sachverhalte, bei der nicht mit statistischen Daten berichtet, dokumentiert oder argumentiert wird. Dies ist so normal, daß der statistische Ursprung der Information der Bevölkerung und auch selbst den unmittelbar Beteiligten gar nicht bewußt wird. Nur so ist es zu erklären, daß viele Mitbürger einem „Statistikproduzenten“ und seiner Materie oft distanziert gegenüberstehen. Es mag sein, daß diese Einstellung durch Befragungen hervorgerufen wird, zu denen die Bürger unseres Landes gelegentlich oder sogar häufig herangezogen werden, deren persönlichen Nutzen sie aber nicht so leicht erkennen. Auf alle Fälle dürfte aber eine große Portion Unkenntnis über das mit im Spiel sein, wofür Statistik gebraucht wird und was der Statistiker überhaupt macht. Diesem Mangel möchte das Statistische Landesamt als Hauptstatistikproduzent – beileibe nicht der einzige – in diesem Lande mit dieser kleinen Schrift ein wenig entgegenwirken. Nach Schilderung einiger allgemeiner Entwicklungslinien des Statistischen Dienstes in Schleswig-Holstein soll dazu jede Abteilung des Amtes mit ihrem fachlichen Auftrag zu Wort kommen.

Die Anfänge

Die Anfänge der schleswig-holsteinischen Statistik liegen weit zurück in der dänischen Zeit unseres Landes. Nach mehr bruchstückhaften Auswertungen von Verwaltungsvorgängen seit Beginn des 18. Jahrhunderts fand 1769 die erste Volkszählung statt. Damals gab es noch keine besondere statistische Behörde – die Arbeiten wurden durch die „Königliche Rentekammer“ in Kopenhagen miterledigt – und

die Zählungsergebnisse wurden von einem Privatmann ausgewertet. Bis zur Lösung der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark im Jahre 1864 gab es noch sechs weitere Volkszählungen und eine Reihe kleinerer Erhebungen und statistischer Auswertungen von Verwaltungsvorgängen. Waren anfangs noch Teile des heutigen Landesgebietes von den Erfassungen ausgespart — das Herzogtum Lauenburg ist zum Beispiel erst ab 1816 in die Zählungen einbezogen worden —, so gab es gegen Ende dieser Periode nur noch geringe Lücken. Für die Durchführung der Arbeiten hatten sich allmählich auch ganz bestimmte Behörden herausgebildet.

Als die Herzogtümer 1867 eine preußische Provinz wurden, ging die Statistik an das 1805 gegründete „Königlich-Preußische Statistische Bureau“ in Berlin über, welches 1905 in „Königlich-Preußisches Statistisches Landesamt“ umbenannt und schließlich 1934 in das Statistische Reichsamt eingegliedert wurde. Das statistische Programm wurde kontinuierlich vervollständigt. Anfangs lagen die Schwerpunkte in den Bevölkerungs- und Agrarstatistiken, denn es galt, das Steueraufkommen abzuschätzen, die Truppenstärken zu bestimmen und schließlich die wachsende Bevölkerung satt zu machen. Später wurden auch die Statistiken im gewerblichen, kulturellen und sozialen Bereich immer dichter. Die 1967 vom Amt veröffentlichten „Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins“ dokumentieren diese Entwicklung in eindrucksvoller Weise.

Obwohl die Sonderlage Schleswig-Holsteins die Errichtung eines eigenen provinzialstatistischen Amtes wie in einigen anderen preußischen Provinzen nach dem ersten Weltkrieg (zum Beispiel Ostpreußen, Schlesien) nahelegte, kam es erst am 10. Mai 1939 zur Einrichtung einer „Statistischen Dienststelle“ im Rahmen der Verwaltung des Provinzialverbandes in Kiel. Sie hatte aber nicht primär die Aufgabe, Daten zu erheben und aufzubereiten, sondern sollte in erster Linie der Provinzialverwaltung die Ergebnisse der in Berlin erstellten Reichsstatistik und sonstiger statistischer Quellen nutzbar machen. Später wurde diese Dienststelle dann in „Provinzialstatistisches Amt“ umbenannt.

Man behauptet, die Welt werde durch Zahlen regiert; das aber weiß ich, daß die Zahlen uns belehren, ob sie gut oder schlecht regiert wird.

J. W. von Goethe

Das heutige Amt gewinnt Gestalt

| Bevölkerung | |
|-------------|-----------|
| 1939 | 1 589 000 |
| 1950 | 2 681 000 |
| 1980 | 2 605 000 |

| Wohnungsbestand | |
|-----------------|-----------|
| 1939 | 435 000 |
| 1950 | 454 000 |
| 1980 | 1 089 000 |

| Kartoffelanbau | |
|----------------|-----------|
| 1939 | 35 000 ha |
| 1948 | 86 000 ha |
| 1980 | 5 000 ha |

Das Jahr 1945 brachte auch in der Statistik einen einschneidenden Wandel. Waren bis dahin die wichtigsten Statistiken von fernen Hauptstädten aus (Kopenhagen, Berlin) erhoben und aufbereitet worden, so geschah dies von jetzt ab im Lande selbst. Der Qualität der Ergebnisse ist das zweifelsohne zugute gekommen, da die Bearbeiter durch die Ortsnähe sehr viel sicherer Richtiges von Falschem unterscheiden konnten. Den Zeitproblemen entsprechend — Flüchtlingszustrom, Wohnungsnot, Hunger — lagen die Schwerpunkte zunächst wieder bei den Bevölkerungs- und Agrarstatistiken. Schon 1946 fand wieder eine Volkszählung statt. Selbst wenn sie inhaltlich und qualitativ nicht an die späteren Großzählungen heranreichte, war das eine erstaunliche Leistung, wenn man an die gegenwärtig benötigten Vorbereitungszeiten solcher Vorhaben denkt.

Das Provinzialstatistische Amt war vorübergehend nach Schleswig (Stadtfeldkamp) übergesiedelt, kehrte aber mit geänderten Aufgaben bereits im September 1946 nach Kiel — wenn auch zunächst in einen Vorort (Friedrichsort) — zurück. Mit dem Ende des Landes Preußen wandelte sich auch hierzulande die Verwaltungsstruktur. Beim Oberpräsidenten wurden eine Präsidialkanzlei und sechs Ämter gebildet, darunter das Amt für Inneres, dem durch Erlaß vom 21. März 1946 die bisherigen Aufgaben des Provinzialverbandes auf dem Gebiet der Statistik übertragen wurden. Als dann die Landesregierung Schleswig-Holstein gebildet und das Amt für Inneres in das Ministerium des Inneren umgewandelt worden waren, bezeichnete sich das Amt gemäß Erlaß vom 20. Januar 1947 unter dem Kopf des Innenministeriums erstmals als Statistisches Landesamt.

Zur Vorbereitung und fachlichen Koordinierung der statistischen Arbeiten in den Ländern der britischen Besatzungszone hatte die Besatzungsmacht im Jahre 1946 ein Statistisches Amt für die britische Besatzungszone mit Sitz in Minden — später Hamburg — geschaffen. Im Januar 1948 ging dieses Amt auf im neugeschaffenen Statistischen Amt für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet — zuständig

für die britische und amerikanische Besatzungszone — mit Sitz in Wiesbaden, dem direkten Vorläufer des mit Gesetz vom 3.9.1953 am gleichen Ort errichteten Statistischen Bundesamtes.

Unser Amt wurde Ende August 1948 von Kiel-Friedrichsort in verschiedene ehemalige Marinegebäude nach Kiel-Wik verlegt. Die Aufgaben wuchsen bereits damals sehr schnell und so mußten bald weitere über die Stadt verstreute Büroräume hinzugemietet werden. Das blieb auch so, als das Amt am 1. Oktober 1957 mit seinem Hauptsitz in die ehemalige Eichhofkaserne verlegt wurde. Erst 1973 konnten alle Teile des Amtes wenigstens auf demselben Grundstück, wenn auch in verschiedenen Gebäuden, untergebracht werden. Umfassend wurde dieses Problem nunmehr 1981 mit dem Umzug in das neue Dienstgebäude in der Fröbelstraße gelöst.

Am 1. März 1951 wurde das Amt zur Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Innenministers. Seitdem lautet die Amtsbezeichnung „Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein“. Die heutige Rechtsgrundlage ist die Landesverordnung über die Errichtung des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein als Landesoberbehörde vom 26. Januar 1968.

1945/46 hatte das Amt noch aus der alten Aufgabenstellung heraus mit einem Leiter und sieben Mitarbeitern seine Arbeit begonnen. Mit Übernahme der ehemals im Statistischen Reichsamt durchgeführten Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten — also der eigentlichen Produktion von Statistiken — stieg der Personalbestand jedoch sehr schnell an. 1946/47 waren es vorübergehend fast 200, weit überwiegend Aushilfskräfte für die Volkszählung. Bis 1950 bildete sich ein fester Bestand von rund 150 Mitarbeitern, der sich in den folgenden zehn Jahren mit der zunehmenden Differenzierung des Wirtschaftslebens und dem infolgedessen rasch anwachsenden Informationsbedarf nochmals um etwa 50 erhöhte. Gegenwärtig hat das Amt rund 220 ständige Mitarbeiter, daneben je nach Bedarf zwischen 10 und 50 Zeitangestellte. Bearbeitet werden regelmäßig rund 200 verschiedene Statistiken aus allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens.



STATISTISCHES LANDESAMT SCHLESWIG - HOLSTEIN

Auf Grund des
§ 8 des Landesverwaltungsgesetzes
vom 18. April 1967 (GVOBl. S.-H. S. 131)
verordnet die Landesregierung:

**§ 1 Das Statistische Landesamt
Schleswig-Holstein wird als
Landesoberbehörde errichtet.
Ihm obliegt die Durchführung
der Bundes- und Landes-
statistiken für den Bereich
des Landes Schleswig-Holstein.**

**§ 2 Diese Verordnung tritt am
1. Februar 1968 in Kraft.**

Kiel, den 26. Januar 1968

Der Ministerpräsident
zugleich für den Innenminister
Dr. Lembke

Entwicklungen im statistischen Programm

Um das Jahr 1950 hatte die deutsche amtliche Statistik die kriegsbedingten Beeinträchtigungen überwunden und in den wesentlichen Bereichen wieder an den Vorkriegsstand angeknüpft. In den seitdem vergangenen 30 Jahren wurde ihr Programm in intensiver Zusammenarbeit zwischen dem für die technische und methodische Vorbereitung der Statistik zuständigen Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern den ständigen Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben angepaßt und dafür erheblich erweitert. Hauptauftraggeber war hierbei der Bund, dem nach Artikel 73 GG die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke zusteht. In Schleswig-Holstein wirkt sich das so aus, daß etwa 85 % der Mittel des Amtes für diese sogenannten Bundesstatistiken aufgewendet werden.

Artikel 73 GG:

„Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über

...

11. die Statistik für Bundeszwecke“

Artikel 83 GG:

Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.

Wachstum und Differenzierung der Wirtschaft, wachsende staatliche Leistung im sozialen und Bildungsbereich und schließlich der Eintritt in die Europäischen Gemeinschaften haben das statistische Programm stark beeinflusst. Viele der großen gesellschaftspolitischen Diskussionen hatten gesetzliche Veränderungen oder Erweiterungen des statistischen Programms zur Folge. Erinnerung sei hier nur aus den letzten Jahren an die Probleme der Landwirtschaft beim Eintritt in den Gemeinsamen Markt, an die Hochschulprobleme um das Jahr 1970 oder an die dann folgende Umweltdiskussion, das wirtschaftliche Tief Mitte der 70er Jahre, an die ständigen Landtagsdebatten über Lehrerberuf und Unterrichtsversorgung und schließlich an die Bemühungen, Ausbildungsplatznachfrage und -angebot miteinander in Einklang zu bringen. Politische Maßnahmen wie Wohnungsbauprogramme, Wohngeldzahlungen, Studentenförderung, oder Infrastrukturprogramme wie Fernstraßenbau, Bundesbahnstreckenplanung, Schulbauplanung, oder auch Erfolgskontrollen auf allen diesen Gebieten sind ohne vielfältige statistische Unterlagen nicht möglich. Der Bedarf an Daten wuchs aus diesem Grunde in der Vergangenheit fast unbegrenzt – und eben das brachte die Statistischen Ämter an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. In einigen Bereichen wurde

auch die Auskunftsbereitschaft der Befragten überstrapaziert. Nach verschiedenen früheren Versuchen laufen daher seit einigen Jahren verstärkte Bemühungen, das Programm von Entbehrlichem zu entlasten. Die Möglichkeiten hierzu haben sich allerdings bisher als recht begrenzt erwiesen, weil ein so hoch entwickeltes Staats- und Wirtschaftssystem wie das der Bundesrepublik nur bei großer Transparenz seiner Strukturen und Entwicklungen funktionieren kann.

Das statistische Programm des Amtes deckt daher ein breites Spektrum ab. Einen kleinen Einblick hierzu gibt bereits die nebenstehende Abteilungsgliederung. Im einzelnen stellen sich die Abteilungen in einem weiteren Abschnitt dieses Heftes vor.

Entwicklungen in Technik und Methode

Die Entwicklungslinien wären unvollständig, wenn nicht auch die interne Entwicklung der Statistik — Methoden, Inhalt, Technik — angesprochen würde. Drei Aspekte sollen dazu genügen:

Zunächst zur Methode: Am Anfang stand weit verbreitet die Totalerhebung, das heißt es wurde jeder befragt, auf den der zu erfassende Sachverhalt zutraf. Diese Methode ermöglicht es zwar, die Ergebnisse regional tief zu gliedern, so daß zum Beispiel selbst die Gemeinden noch etwas von den Ergebnissen haben; sie ist aber auch sehr teuer und belastet besonders viele Mitbürger mit der Auskunftsmühe (in Teilbereichen ist sie gar nicht anwendbar. Zum Beispiel würde kein Mensch auf die Idee kommen, etwa die gesamte in einem Jahr herangewachsene Erntemenge abzuwiegen). Einen Ausweg aus diesen Nachteilen bieten Stichprobenerhebungen, bei denen nur Teile der in Frage kommenden Auskunftsquellen herangezogen werden. Sie sind seit den 50er Jahren in fast alle statistischen Bereiche eingeführt worden. Sie vermeiden die Nachteile der Totalerhebungen, bieten aber auch nicht deren Vorteile. Für jeweils eine gewisse Zeit

Verwaltung
Zentrale Dienste
Volkswirtschaftl. Gesamtrechnungen

Finanzen, Steuern
produzierendes Gewerbe,
Umweltschutz, Bautätigkeit

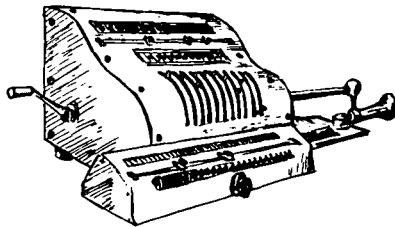
Handel, Verkehr
Soziales
Bevölkerungszensus

Agrarwirtschaft
Preise
Löhne

Bevölkerungsstand und -bewegung
Bildung

kann jedoch sehr gut auf die größere Ergebnisbreite der Totalerhebungen verzichtet werden. Wenn heute der Ruf nach noch mehr Stichproben — anstelle von Totalerhebungen — laut wird, so wird dabei übersehen, daß die Stichprobe in vielen Sachgebieten schon der Regelfall, die Totalerhebung dagegen die notwendige Ausnahme ist.

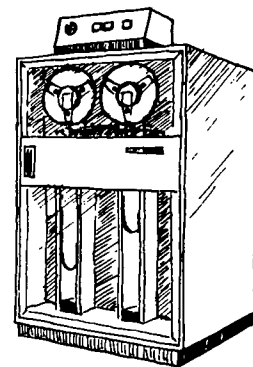
Der zweite Aspekt gilt dem Inhalt. Anfangs wurden die meisten Statistiken für spezielle Verwendungszwecke eingeführt. Entsprechend war auch ihre Aussage nur auf diese Zwecke ausgerichtet. Das änderte sich seit den 50er Jahren mit Einführung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in die viele wichtige sektorale Ergebnisse einfließen und zu vergleichbaren Gesamtwerten verarbeitet werden. Seitdem werden die Einzelstatistiken sachlich und in ihren Erfassungsgrenzen immer stärker aufeinander abgestimmt. Die modernen Aufbereitungstechniken ermöglichen es seit einigen Jahren darüber hinaus, die Daten aus einer Erhebung mit solchen aus anderen Erhebungen fallweise zusammenzuführen, um ohne zusätzliche Befragungsbelastungen neue Aussagen zu ermöglichen. Hierzu sind die Statistiken großer Sachgebiete — zum Beispiel der Landwirtschaft, des verarbeitenden Gewerbes und zuletzt des Handels- und Gastgewerbes — in den letzten Jahren neu geordnet und zu integrierten Systemen weiter entwickelt worden. Dadurch wird Erhebungsaufwand gespart und die Aussagefähigkeit wesentlich erweitert. Andererseits reagieren diese Systeme empfindlich auf technische Störungen oder Eingriffe in das Programm. In gewissem Sinne eine Weiterentwicklung dieses Gedankenganges stellt auch das Projekt einer statistischen Datenbank dar, an dem zur Zeit gearbeitet wird und das in den Statistischen Landesämtern der meisten anderen Bundesländer schon weitgehend verwirklicht ist.



Der dritte Aspekt betrifft die Technik: Technik im heutigen Sinne war am Anfang praktisch nicht vorhanden. Die erhobenen Einzeldaten wurden in Listen übertragen und ohne Hilfsmittel addiert. Selbst für die Errechnung von Beziehungszahlen stand allenfalls ein Rechenschieber zur Verfügung. Bald kamen die Additions- und Divisions-

maschinen in das Amt und Ende der 50er Jahre auch mechanische Buchungsautomaten, die das Tabelliergeschäft wesentlich erleichterten. Bis dahin wurden fast alle Statistiken — organisatorisch einfach — praktisch von Anfang bis zu Ende am gleichen Platz bearbeitet. Das änderte sich mit Einführung der automatischen Datenverarbeitung. Erste Anfänge bot eine „Hollerithanlage“, die bereits 1947 ins Amt gekommen war, mit der aber anfangs nur wenige Industriestatistiken bearbeitet wurden. Zur Volkszählung 1960 folgte dann mit der IBM 1401 die sogenannte 2. Generation, die schließlich ab 1967 durch die 3. Generation mit der IBM 360-40 schon wieder verdrängt wurde. Nach und nach wurden Teile der Aufbereitung von immer mehr Statistiken auf diese Maschinen übernommen. Gegenwärtig werden etwa 120 Sachgebiete über die jetzigen Groß-EDV-Systeme abgewickelt. Mit Übergang auf EDV rückte die Bearbeitung einer Statistik, die früher in einer Hand gelegen hatte, nunmehr für bestimmte Teile der Aufbereitung räumlich auseinander. Damit verbundene organisatorische Probleme wurden besonders spürbar, als 1968 alle Datenverarbeitungsanlagen institutionell aus dem Amt ausgegliedert und in die neugegründete Datenzentrale Schleswig-Holstein eingebracht wurden. Seit 1972 ist der Sitz der Datenzentrale ca. 15 km von uns entfernt in Altenholz. Der bisher mit Pkw abgewickelte zeitaufwendige Datentransport soll in Kürze für besonders zeitkritische Teile durch Datenfernverarbeitung ersetzt werden. Damit wird die Datenverarbeitung wieder stärker an den Sachbearbeiter heranrücken, woraus zeitliche und qualitative Vorteile erwartet werden. Diese bestehen bereits bei einer Reihe kleinerer Statistiken, die auf einem 1979 beschafften kleineren Dialogrechner („Mehrplatzsystem“) von einzelnen Arbeitsplätzen des Hauses aus abgewickelt werden.

Damit sollen die Entwicklungslinien abgeschlossen werden. Vieles mußte dabei unerwähnt bleiben, zum Beispiel Entwicklungen in der Datenerfassung, im Datenschutz, bei den Rechtsgrundlagen oder den vom Amt betriebenen Auswertungen. Einige Einzelheiten hierzu werden jedoch in den folgenden Abteilungsbeiträgen aufgegriffen werden.



Was ist Statistik und wie machen wir sie?

Was ist hier Statistik?

Ursprünglich war die Statistik „Staatsbeschreibung“ und es ist sicher ganz nützlich, gelegentlich daran zu erinnern. Den Begriff gibt es schon seit mehr als 200 Jahren, und Swoboda hat ihn vor 10 Jahren in diesem Zusammenhang anschaulich erläutert:

„Die älteste Statistik ist „Staatsbeschreibung“, die Darstellung geographischer, wirtschaftlicher, politischer Zustände. „Status“ ist der Zustand, aber auch der Staat — denn der Staat ist selbst ein Zustand, nämlich der „status rei publicae“, der Zustand des Gemeinwesens.“

Zur gegenwärtigen Erklärung haben die Wissenschaftler wohl an die 100 Definitionen gefunden — und teils heftig darüber gestritten. Wir wollen uns aus dem Streit heraushalten. Für unseren Sprachgebrauch hat das Wort drei Bedeutungen. „Statistik“ bezeichnet je nach dem Zusammenhang

bestimmte Methoden des Informationsgewinns,

eine spezielle Informationsform,

eine Institution, die sich damit befaßt.

Zum ersten wollen wir Wagenführ folgen:

„Die Statistik ist eine bestimmte Methode, um Massenerscheinungen zu messen, abzuwägen und zu vergleichen.“

Die Statistik und die Wenden:

*kaum einer möchte sich öffentlich für sie verwenden,
auf den Einzelfall soll man sie nicht anwenden,
der Auskunftspflichtige kann sie nicht abwenden,
Datenschutz verhindert, ihr Daten zu entwenden,
zur Volkszählung müssen alle sich ihr zuwenden,
der Staat mag nicht viel für sie aufwenden,
mancher will etwas gegen sie einwenden,
jeder sollte sie nur sachgerecht verwenden.*

Damit hat es sein Bewenden.

In der Tat wenden wir in unserer täglichen Praxis viele „Methoden“ an, von denen manche auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen, zum Beispiel auf der Wahrscheinlichkeitstheorie mit dem berühmten „Gesetz der großen Zahlen“ und der Normalverteilung. Dabei geht es niemals um ein einzelnes Individuum und seine Besonderheiten, sondern um die Häufigkeiten von Eigenschaften in Kollektiven (das sind Mengen von Elementen, die sich in bestimmten Eigenschaften gleichen). Stichprobenerhebungen mit Fehlerrechnungen, Totalerhebungen und vielfältige Auswerteverfahren sind Beispiele solcher Methoden, mit denen man Massenerscheinungen erfassen und sichtbar machen kann.

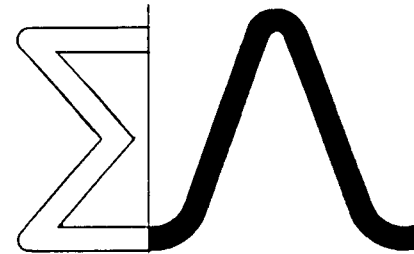
Die zweite Bedeutung bezeichnet das, was bei der Anwendung der Methoden herauskommt, nämlich eine Tabelle oder eine Grafik, die dann wieder als „Statistik“ über einen beobachteten Sachverhalt bezeichnet wird, zum Beispiel die Statistik der Verbraucherpreise, die Statistik der Betriebsgrößenstruktur eines Wirtschaftszweiges oder die Statistik der Staatsfinanzen. In diesem Sinne ist „Statistik ein Inbegriff von Information“, wie Menge es formuliert. Diese statistische Information — Tabelle, Graphik, Text — bieten wir zur Entscheidungshilfe an.

Beide Gesichtspunkte — Methode und Ergebnis — sind in einer auf Abraham Wald (1902-1950) zurückgehenden Definition enthalten:

„Statistik ist eine Zusammenfassung von Methoden, welche uns erlauben, vernünftige Entscheidungen im Falle von Unwissenheit zu treffen.“

Offenbar kann es also auch unvernünftig zugehen. Wer denkt da nicht gleich an das verächtliche Wort von der Statistik als „besonderer Form der Lüge“? Auch hierzu hat Wagenführ treffend formuliert:

„Die statistische Methode ist ein Werkzeug wie die Axt für den Zimmermann. Der Zimmermann kann seine Axt sinnvoll gebrauchen und helfen, ein Haus zu bauen. Er kann freilich auch mit



der gleichen Axt Zerstörungsarbeit leisten, sie also „falsch verwenden“. An dem entstandenen Schaden ist dann aber nicht die Axt schuld, sondern derjenige, der sie handhabte. Entsprechendes gilt für die Statistik.“

Gesetz über die Statistik für
Bundeszwecke

**§ 6 (1) „Die Bundesstatistiken werden
... durch Gesetz angeordnet“.**

§ 11 (1) „Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse ... sind, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, von den Amtsträgern ... geheimzuhalten ...“

Als letztes wollen wir anfügen, daß im Alltag häufig von „der Statistik“ gesprochen wird, wenn die Institutionen gemeint sind, die sich damit befassen. Das kann in Firmen der Fall sein oder in wissenschaftlichen Instituten — oder „amtlich“ in speziellen statistischen Fachbehörden wie dem Statistischen Bundesamt, den Statistischen Landesämtern oder entsprechenden Einrichtungen im kommunalen Bereich. Besonderes Kennzeichen der amtlichen Bundes- und Länderstatistik ist, daß sie auf Spezialbehörden konzentriert ist, daß ihr Programm im wesentlichen gesetzlich oder durch Verwaltungsvorschriften festgelegt ist, daß dementsprechend Auskunftspflicht besteht und daß sie besonders strengen Datenschutzbestimmungen unterliegt.

Wie machen wir Statistik?

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

§ 7 (1) „Die die Bundesstatistik anordnende Rechtsvorschrift muß die zu erfassenden Sachverhalte, die Art der Erhebung, die Berichtszeit, die Periodizität und den Kreis der Befragten bestimmen. ...“

Am Anfang steht der Informationsbedarf, er soll gedeckt werden. Aber wie? Hier beginnt die Arbeit des Statistikers, und zwar zunächst mit der Frage: Gibt es die benötigte Information schon irgendwo? Erst wenn diese Frage eindeutig zu verneinen ist, folgen weitere Überlegungen und Aktivitäten. Sie zielen auf die Daten, die zur Informationsgewinnung benötigt werden: Was ist zu fragen, wer ist zu fragen, wie ist zu fragen? Wie sollen die erfragten Einzeldaten zu welcher Art von statistischem Ergebnis aufbereitet werden und schließlich: Was wird das alles kosten? Je nach Sachbereich führen diese Fragen zu wochen-, monate- oder sogar jahrelangen Überlegungen, Entwürfen, Tests, Beratungen, Besprechungen, Abstimmungen zwischen Bund und Ländern, zwischen Ministerien und Verbänden, bis schließlich der Gesetzgeber mit strengen Regeln vorschreibt, wer wann worüber wie Auskunft zu erteilen hat.

Auch wenn das Gesetz vorliegt, ist der Weg noch nicht in jedem Fall frei für die statistische Erhebung. Häufig müssen erst statistische Verfahren erarbeitet werden, zum Beispiel dann, wenn das Gesetz eine Stichprobenerhebung vorsieht. Wenn das Erhebungskonzept endlich feststeht und der Fragebogen mit allem Zubehör — sachkundig und fachgerecht sowie bürgerfreundlich entwickelt — gedruckt vorliegt, geht es in die Breite: Versand der Zählungsunterlagen, also der Fragebogen, Erläuterungen, Ausfüllungsanweisungen, Anschreiben. Und daran hängt oft mehr, als man denkt. Ist der Adressat auch wirklich auskunftspflichtig? Wohnt er noch dort, wo wir ihn vermuten? Wird keiner übersehen? Wer gehört zu wem? Nicht in allen Fällen versenden wir direkt an den zu Befragenden. Auf einigen Gebieten übernehmen die Kommunalverwaltungen unersetzliche Erhebungsarbeit. Besonders schwierige Sachverhalte werden durch geschulte Interviewer ermittelt. Und schließlich gibt es Datenquellen, die ohne Fragebogen fließen: Dort, wo die Verwaltung den Bürger betreut, entstehen Daten, die manche statistische Aussage ganz ohne spezielle Befragung ermöglichen. Gelegentlich geben nicht alle Auskunftspflichtigen bereitwillig Auskunft. In solchen Fällen versuchen wir, den Befragten zu beraten, aufzuklären und ihm zu helfen. Von seiner Auskunftspflicht befreien können wir ihn jedoch nicht.

Mit dem Rücklauf der Fragebogen beginnen bei uns Eingangs- und Vollzähligkeitskontrollen, Rückfragen sowie Mahnungen. Diese Begriffe sprechen treffend aus, was zu tun ist. Aber es gibt auch Arbeitsvorgänge, die anders heißen und die es in sich haben, zum Beispiel Signieren und Prüfen auf sachliche und rechnerische Richtigkeit. Signieren bedeutet verschlüsseln von Sachverhalten durch Kennziffern. Im gegenwärtigen Computerzeitalter ist diese Arbeit immer umfangreicher geworden, denn die Maschine versteht nur Ziffern und nicht „männlich“ oder „weiblich“, Realschul- oder Hauptschullehrer, Industriebetrieb oder Handelsunternehmen, Kreis Plön oder Stadt Plön usw. Dabei ist für komplizierte Sachverhalte oft schon die Entwicklung solcher Schlüssel eine Wissenschaft für sich. Hier heißt es, exakt zu definieren. Das Umsetzen der Sachinhalte gemäß umfangreichen Schlüsseln — es gibt zum Beispiel 450 Ausbildungs-

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke

§ 10 (1) „Alle natürlichen und alle juristischen Personen des Privatrechts sowie Personenhandels-gesellschaften und Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Behörden und sonstige öffentliche Stellen des Bundes, der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Aufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sind zur Beantwortung der ordnungsgemäß angeordneten Fragen verpflichtet, soweit nicht die Antwort ausdrücklich freigestellt ist.“

(3) „Die Antwort ist wahrheitsgemäß, vollständig, fristgerecht sowie kosten- und portofrei zu erteilen.“

Im Statistischen Bundesamt befaßt sich ein eigenes Referat mit 4 wissenschaftlichen Mitarbeitern nur mit Systematiken für Unternehmen und Betriebe, für Waren und Güter, für Berufe und anderes.

„Plausibel“ oder nicht?

In bestimmten Statistiken des produzierenden Gewerbes durchläuft jeder Fragebogen 170 Überprüfungen, bevor er als plausibel anerkannt werden kann, zum Beispiel:

- Kann die Summe der Investitionen der Betriebe die des zugehörigen Unternehmens übersteigen?

Nein, denn das Unternehmen setzt sich aus den einzelnen Betrieben zusammen.

- Können die Investitionen eines Unternehmens ein Drittel des Umsatzes erreichen?

Ja, wenn das Unternehmen neu gegründet worden ist und sich im Aufbau befindet.

- Kann der Auslandsumsatz den Gesamtumsatz übersteigen?

Nein, denn der Inlands- und der Auslandsumsatz bilden den Gesamtumsatz.

- Kann der Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen oder der Einsatz an Handelsware einen negativen Wert annehmen?

Nein, höchstens Null, und auch das nur dann, wenn keine Produktion und kein Handel stattgefunden haben.

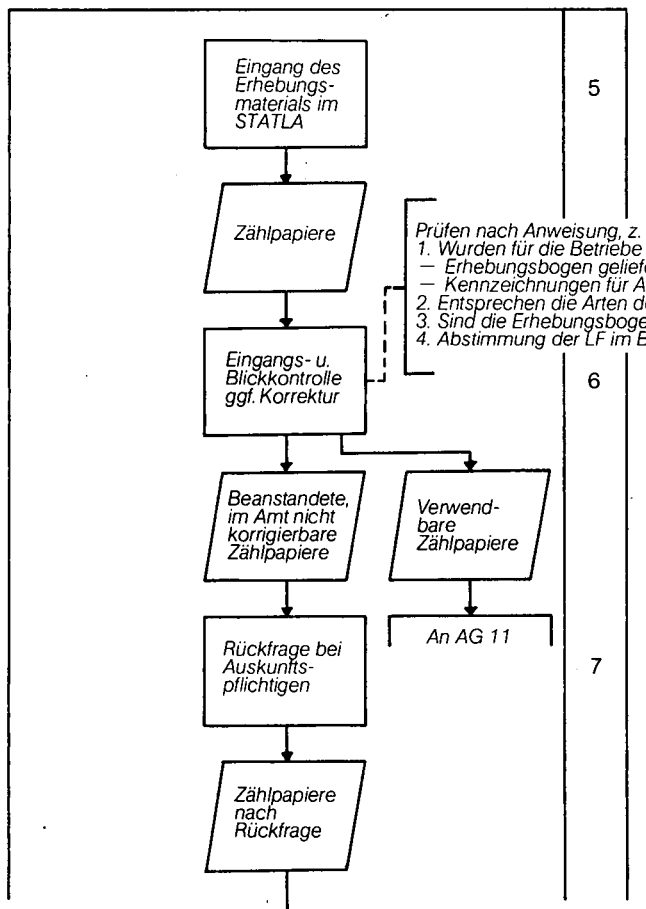
- Kann der Lagerbestand am Anfang eines Jahres von dem am Ende des Vorjahres abweichen?

Ja, wenn nachträglich Wertberichtigungen durch eine Betriebsprüfung oder vom Finanzamt vorgenommen wurden.

berufe — verlangt vom Bearbeiter beträchtliche Konzentration. In vielen Bereichen können wir die Signierarbeit dadurch vermindern, daß wir alle in Frage kommenden Merkmalsausprägungen — zum Beispiel „männlich“ und „weiblich“ für das Merkmal „Geschlecht“ — schon im Fragebogen zum Ankreuzen vorgeben. Je mehr Ausprägungen notwendig sind, um so umfangreicher wird der Fragebogen und damit die Sucharbeit für den Befragten. Rationalisierung der Verwaltungsarbeit und Bürgerfreundlichkeit geraten dabei in ein Spannungsverhältnis.

Wie ein roter Faden ziehen sich dann vielfältige sachliche und rechnerische Prüfungen durch die weitere Bearbeitung. Sie sind geradezu ein Kernstück statistischer Alltagsarbeit und oft Schuld daran, daß man auf unsere Ergebnisse gelegentlich etwas länger warten muß als man erwartete. Prüfungen sind aber ungemein wichtig, denn Fehlerquellen gibt es viele. Das kann schon mit einer mißverständlich formulierten Frage beginnen. Meist sind es aber falsche oder unplausible Antworten, lückenhaft beantwortete oder gar fehlende Fragebogen, um die sich der Bearbeiter in unzähligen Einzelfällen kümmern muß. Man braucht Gespür dafür und vielseitige Fachkenntnisse, um das Richtige vom Falschen oder das Mögliche vom Unwahrscheinlichen zu unterscheiden. Schließlich machen wir auch selbst Fehler, zum Beispiel beim Signieren, beim Zuordnen von Einzelfällen zur passenden Gruppe oder bei der Summenbildung. Geprüft wird selbst dann noch, wenn das Ergebnis technisch schon fertig ist. Vielleicht gibt es überraschende Abweichungen zu früheren Vergleichszahlen, die man sichert, indem man die Hauptverursacher dieser Abweichungen nochmals im einzelnen kritisch unter die Lupe nimmt. Faßt man alle im Haus bearbeiteten Statistiken zusammen, so gibt es sicher Tausende von Prüfbedingungen, die an viele Millionen von Einzelangaben oder Kombinationen von Angaben gelegt werden. Und das Jahr für Jahr.

Spätestens jetzt ist es Zeit, die elektronische Datenverarbeitung zu erwähnen. Es würde zu weit führen, alles aufzuzählen, was die modernen Elektronenrechner täglich für uns machen: Fragebogen adres-

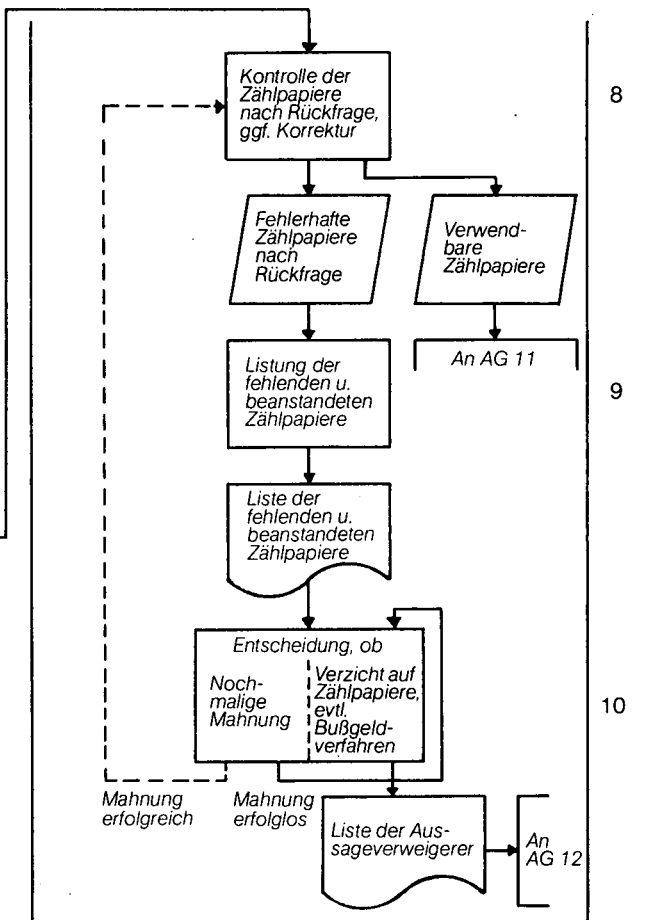


Ausschnitt aus einem

| | | |
|--------------------------|--------------------|------------------|
| MANUELLEN DATENFLUSSPLAN | Datum: 25. 3. 1980 | |
| | Blatt Nr. 2 von 10 | |
| Aufgabengebiet | Bearbeiter: | Arbeitsgang (AG) |
| Landwirtschaftszählung | | |

Prüfen nach Anweisung, z. B.

1. Wurden für die Betriebe i. d. Adreß-/Pendelliste
 - Erhebungsbogen geliefert oder
 - Kennzeichnungen für Abgänge/Zugänge eingetragen?
2. Entsprechen die Arten der Erhebungsbogen den Vorgaben?
3. Sind die Erhebungsbogen richtig ausgefüllt?
4. Abstimmung der LF im Bo- und AB-Bogen.



Komplizierte Arbeitsvorgänge, die

- in stets gleicher Weise
 - von mehreren Bearbeitern
 - von wechselnden Personen
 - an verschiedenen Orten
 - mit verschiedenem Material
 - durch verschiedene Institutionen
- ausgeführt werden sollen, müssen
- vollständig
 - übersichtlich
 - eindeutig

dokumentiert sein. Im Statistischen Landesamt gibt es deshalb Tausende von Blättern der hier abgebildeten Art.

sieren, Belege lesen, Daten sortieren und konzentrieren, kombinieren, rechnen, Listen und Tabellen schreiben und anderes mehr. Einmal entsprechend programmiert, suchen die Computer auch die Fehler heraus und präsentieren sie dem Bearbeiter in übersichtlichen Listen. Geduldig nehmen sie dann auch seine Korrekturanweisungen entgegen und bringen die verunglückten Daten ins rechte Lot. Dieses Wechselspiel zwischen Bearbeiter und Maschine mit dem Ziel, möglichst alle Fehler zu tilgen, wird Plausibilitätskontrolle genannt. Manchmal macht der Computer die Fehlerbereinigung auch schon von sich aus, ohne unser Zutun. Wir müssen ihn eben nur entsprechend programmiert, das heißt eingerichtet haben. Und darin liegt wieder ein großes Tätigkeitsfeld für viele unserer Mitarbeiter. Fachstatistiker und EDV-Spezialisten müssen gemeinsam jeden Schritt vordenken, den die Maschine später machen soll. Grobskizzen, Datenflußpläne, Datenerfassungsanweisungen, Bandsatzschemata wollen entworfen sein, bevor weitere Mitarbeiter das alles in eine für die Maschine verständliche Sprache umsetzen. Allein die Analyse für ein größeres Statistikvorhaben kann in ihrer Beschreibung den Umfang eines Buches ausmachen. Das kann alles nur gelingen, wenn die Beteiligten Hand in Hand arbeiten, sich in die gegenseitigen Probleme mit hineindenken und sich weiter- und fortbilden. Sie müssen ständig auf dem neuesten Wissensstand ihres Fachgebiets bleiben, Entwicklungstendenzen und technische Neuerungen kennen lernen.

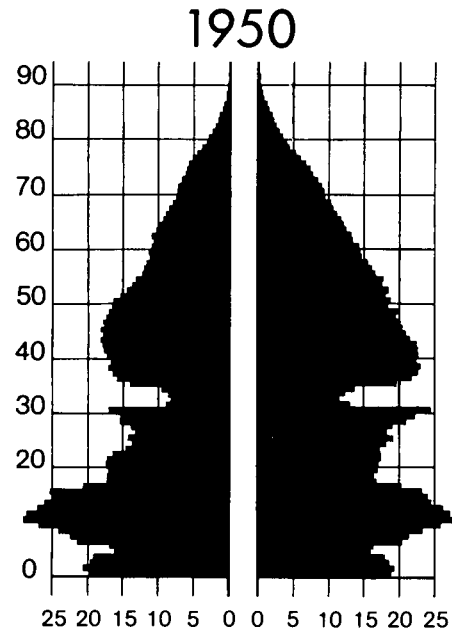


Maschinell verarbeitet werden unsere Daten überwiegend in der Datenzentrale Schleswig-Holstein in Altenholz/Kreis Rendsburg-Eckernförde. Dort arbeiten auch die Datenerfassungskräfte, die die Daten aus den Fragebogen auf maschinenlesbare Datenträger übernehmen. In großem Umfang wird zudem eine Spezialmaschine eingesetzt, die in der Lage ist, Eintragungen im Fragebogen direkt zu lesen.

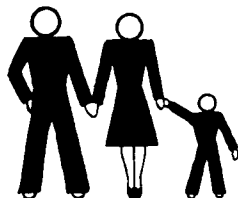
In den letzten Jahren ist auch der Bildschirm Bestandteil einiger Arbeitsplätze geworden. Wir verarbeiten mit seiner Hilfe kleinere Datenmengen im Dialog mit einem im Haus befindlichen kleineren Rechner. In Zukunft wollen wir auch die langwierigen Datentransporte

auf der Straße (Kiel - Altenholz - Kiel) vermeiden und über eine Telefonleitung mit den Computern direkt „kommunizieren“. Von Jahr zu Jahr werden immer mehr Mitarbeiter an den Bildschirmen arbeiten, und dadurch werden sich Inhalt und Äußeres unserer Arbeitsplätze weiterhin wandeln.

Mit der Erstellung der Ergebnisse in Tabellenform ist unsere Arbeit noch lange nicht beendet. In vielen Fällen handelt es sich dabei zunächst lediglich um Arbeitstabellen, die erst in übersichtliche, benutzerfreundliche und veröffentlichungsreife Tabellen — mit ergänzenden Erläuterungen versehen — umgewandelt werden müssen. Der Interessent kann dann die statistischen Ergebnisse in unterschiedlicher Form erwerben, und zwar u. a. als ausführliche Quellenwerke, als Statistische Berichte, als Jahrbuch oder Taschenbuch, aber auch als Aufsätze in den „Statistischen Monatsheften“ mit fachkundiger Kommentierung und mit Grafiken, die ihm den Zugang zur statistischen Materie erleichtern. Hinzu kommt eine mündliche oder schriftliche Einzelberatung über Inhalt und Verwendungsmöglichkeiten unserer Daten. Da es immer weniger möglich ist, alle vorliegenden Ergebnisse auf Papier auszudrucken, beginnen wir auch hier, uns moderner Bildschirmtechnik (COM, das ist Computer-Output on Microfilm) zu bedienen.



Die Abteilungen stellen sich vor



Ein Vierling macht noch keinen Babyboom.

Bevölkerungsstand und -bewegung, Bildung

Das Aufgabengebiet der Abteilung „Bevölkerungsstand und -bewegung, Bildung“ ist weit gefächert und dennoch mit wenigen lebensnahen Begriffen zu umreißen. Im Mittelpunkt der Statistiken dieser Abteilung steht der Mensch in seinen fundamentalen Funktionen und Handlungen: Er wird geboren, er besucht die Schule und erhält eine Berufs- oder Hochschulausbildung, er schließt eine Ehe und löst sie vielleicht wieder, er ist nicht an einen Standort gebunden und verändert seinen Wohnsitz, er hat Freizeit und füllt sie mit Weiterbildung und durch Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen aus, und schließlich muß er sterben. Alle diese Vorgänge werden zwar nicht für das einzelne Individuum, aber für eine Gruppe von Menschen, die in einer bestimmten Region leben, in Statistik umgesetzt, und zwar im Rahmen von Bevölkerungs-, Schul-, Hochschul-, Berufsbildungs- und Kulturstatistiken. Dabei handelt es sich um Statistiken, deren Ergebnisse täglich zur Lösung von allgemeinen und speziellen Problemen als Entscheidungshilfe gebraucht werden.

Wenn auch der Statistiker im wesentlichen Daten von gestern und heute erhebt, so muß er doch gelegentlich einen Blick in die Zukunft tun. Der Arbeitsmarktpolitiker möchte zum Beispiel wissen, wie sich die Nachfrage nach Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2000 entwickeln wird, oder der Bildungspolitiker braucht Angaben über die langfristige Entwicklung der Schülerzahlen. Zum Aufgabenbereich der Abteilung zählen daher auch Bevölkerungs- und Schülerprognosen.

Bevölkerung

Jeder von uns gehört zur Bevölkerung und ist Teil dieses großen biologischen und sozialen Gebildes, ohne daß er in der Lage wäre, die Gesamtheit der Bevölkerung mit ihren unablässigen Veränderungen — Geborenwerden, Zu- und Fortziehen, Sterben — zu überblicken und zu begreifen. Hier beginnt die Bevölkerungsstatistik: Sie macht diese Vorgänge transparent. Der Rahmen der Bevölkerungsstatistik ist eine einfache Bilanz: Anfangsbestand der Bevölkerung plus Zahl der Geborenen und Zugezogenen minus Zahl der Gestorbenen und Fortgezogenen gleich Endbestand der Bevölkerung.

Nach dieser Feststellung ist die Bevölkerung eine abstrakte Rechengröße, ein statistischer Begriff, nämlich die Summe aller Menschen, die auf einer abgegrenzten Fläche zu einer Zeit leben.

Wir sind jedoch nicht lediglich Teil dieser Bevölkerung, sondern bestimmen durch unser persönliches Verhalten ihre Entwicklung, und zwar sowohl quantitativ, indem wir entscheiden, wieviel Kinder wir haben wollen, als auch qualitativ, zum Beispiel mit der Erziehung der Kinder, mit ihrer Schulbildung und der Entscheidung über den Beruf. Unser „generatives Verhalten“ beeinflusst nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern u. a. auch die Zahl der Schüler, für die Schulen benötigt werden, und die Zahl der Arbeitskräfte, die Arbeitsplätze brauchen. Um diese Vorgänge, die sich innerhalb der Bevölkerung vollziehen und unsere Wirtschaft und Gesellschaft prägen, erkennen zu können, werden Daten und Fakten gebraucht, nämlich Statistik.

Die Bevölkerung verändert sich in ihrem Umfang infolge von Geburten, Sterbefällen, Wanderungen, in ihrem inneren Gefüge jedoch durch Ereignisse, die in der menschlichen Natur und im Gesellschaftsleben begründet sind. So hat jedes Lebensalter ein anderes Lebensgefühl und andere Ziele und Aufgaben, und eine Bevölkerung erhält ihr besonderes Gepräge je nach dem, ob die Altersgruppe der Kinder, der im erwerbsfähigen Alter Stehenden oder der älteren Menschen vorherrscht. Jede Veränderung, zum Beispiel das Altern, das Heiraten,

Bevölkerungsbilanz für das letzte Jahrzehnt

| | | |
|-------------------------|--------------|--------------|
| | | in 1 000 |
| Wohnbevölkerung | | |
| am 31.12.1970 | | 2 511 |
| Geborene | + 233 | |
| Gestorbene | - 288 | |
| Sterbeüberschuß | | - 55 |
| Zuzüge | + 772 | |
| Fortzüge | - 628 | |
| Wanderungsgewinn | | + 43 |
| Wohnbevölkerung | | |
| am 31.12.1979 | | 2 599 |

Nicht die Veränderung der Einwohnerzahl ist das Entscheidende, sondern die damit verbundene Veränderung der Alters- und Sozialstruktur.

**1979 wurden in Schleswig-Holstein
8,8 Kinder je 1 000 Einwohner
geboren, vor 15 Jahren waren es 19,1.**

*Es ist bekannt, daß Frauen länger leben
als Männer. Die durchschnittliche
Lebenserwartung eines Neugeborenen
betrug 1970/72 in Schleswig-Holstein:
über 74 Jahre (weiblich)
und knapp 68 Jahre (männlich).*

das Scheiden, vollzieht sich im Lebenslauf des Einzelnen, verändert aber gleichzeitig Struktur und Gefüge der Bevölkerung. Der Bevölkerungsstatistiker steht somit einer vielfältigen, verwirrenden Fülle von lebendigem Geschehen gegenüber, das er nur annähernd in seinen Beziehungen und Verzahnungen zu erfassen vermag. Er muß sich zwangsläufig auf einzelne Fakten und Entwicklungslinien begrenzen.

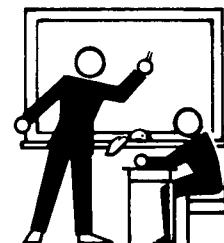
Diese Grenzen setzt das Bundesgesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Neufassung vom 14. März 1980. Es umfaßt die Statistik der **natürlichen Bevölkerungsbewegung** einschließlich der Todesursachenstatistik, die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen, die **Wanderungsstatistik** und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und legt für diese Statistiken, die seit langem zu den klassischen Bestandteilen der amtlichen Statistik gehören, die zu erfassenden Tatbestände fest. Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft brauchen für ihre Arbeit — so steht es in der Begründung zum bevölkerungsstatistischen Gesetz — Statistiken über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. In der Begründung ist ferner zu lesen, welche Aufgaben die Bevölkerungsstatistiken haben. Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung liefert die wichtigsten Unterlagen, um demographische Vorgänge zu beurteilen. Sie vermittelt zum Beispiel einen Überblick über die bevölkerungspolitische Lage, über die Erfolge der Gesundheitspolitik und der medizinischen Wissenschaft in der Bekämpfung der Sterblichkeit und über die Lebenserwartung eines Menschen. Ihre Daten sind Grundlage für Bevölkerungsvorausschätzungen als Planungsunterlagen für Politik und Wirtschaft sowie Bausteine für die Aufstellung von Sterbetafeln, die für Versicherungen unentbehrlich sind. Die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen liefert das Zahlenmaterial für die Erforschung der Ehezerüttungen. Hier klingen soziale und soziologische Aspekte an, die sich im Katalog der zu erfassenden Tatbestände niederschlagen (Ehedauer, Kinderzahl, Zugehörigkeit zu einer Kirche, Staatsangehörigkeit). Die Wanderungsstatistik gibt Auskunft über die räumliche Bevölkerungsbewegung, das heißt über die Mobilität

der Bevölkerung. Hierfür werden die Zu- und Fortzüge (Wohnungswechsel) erfaßt, wobei diese Angaben den ohnehin vorhandenen Meldescheinen entnommen werden. Die Fortschreibung der Bevölkerungszahl ist keine besondere Erhebung. Es handelt sich dabei um ein permanentes Addieren und Subtrahieren, ausgehend von den Bestandszahlen der letzten Volkszählung, mit Hilfe der Daten aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung und aus der Wanderungsstatistik. Die Fortschreibung schließt die Lücke zwischen zwei Zählungen und liefert damit laufend neue Bevölkerungszahlen für jede einzelne Gemeinde.

§ 6 des bevölkerungsstatistischen Gesetzes sagt, daß eine Ausfertigung der Meldescheine an das Statistische Landesamt zu übersenden ist.

Schulen

Solange es ein Unterrichtswesen gibt, wurde auch das Bedürfnis empfunden, das Wirken dieses Zweiges des Kulturlebens nach Zahl und Maß zu beobachten. Für Schleswig-Holstein sind Schülerzahlen aus dem 18. Jahrhundert veröffentlicht. Die volle Selbständigkeit der Länder auf schulischem Gebiet, die eine lange Tradition hat und die durch das Grundgesetz 1949 erneut bestätigt wurde, hat im inneren und äußeren Aufbau des Schulwesens zu einer reichen Vielfalt der Erscheinungsformen geführt. Es gibt daher kein Bundesgesetz für die Schulstatistik, und das Statistische Bundesamt hat ausschließlich Koordinierungsaufgaben, um eine gleichmäßige Erhebung, wenn auch nur in Form eines Mindestprogramms, in allen Bundesländern sicherzustellen. Das schulstatistische Dezernat arbeitet daher im wesentlichen für die Belange des hiesigen Kultusministeriums, das nach § 125 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes vom 1. Januar 1979 für statistische Erhebungen in den Schulen zuständig ist. Es liefert im Rahmen der Schulstatistiken Daten zur Erfüllung schulorganisatorischer, -politischer und -planerischer Aufgaben. Dazu gehört zum Beispiel die Datenlieferung für den vom Landtag geforderten jährlichen Bericht der Landesregierung über Unterrichtsversorgung, Lehrerberuf und Lehrerbefähigung.



Schlägt man die Tagespresse auf, so vergeht kaum ein Tag, an dem

Die Gesamtzahl der Lernenden nimmt seit Jahren ab. Der Rückgang hat jetzt bis auf die gymnasiale Oberstufe alle Schularten des allgemeinbildenden Bereichs erfaßt. Er wird durch die Zunahmen in der gymnasialen Oberstufe, bei den berufsbildenden Schulen sowie bei den Studenten nicht ausgeglichen.

Zu den berufsbildenden Schulen zählen die Berufsschule, die Berufsfachschule, die Berufsaufbauschule, die Fachoberschule, das Fachgymnasium, die Berufsakademie, die Fachschule sowie die Schulen des Gesundheitswesens.

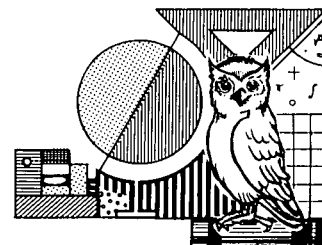
nicht in irgendeiner Form über das Schulwesen berichtet und polemisiert wird. „Ist ein Schulsterben wegen der geburtenschwachen Jahrgänge zu befürchten?“, wird auf der einen Seite gefragt, „Schafft Ausbildungsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge“, heißt es auf der anderen Seite. In der gymnasialen Oberstufe und in den berufsbildenden Schulen drängen sich die Schüler — das wird auch noch einige Jahre so bleiben —, und die Grundschule nebenan kämpft ums Überleben, weil ihr die Kinder fehlen. Der Widerspruch ist nur scheinbar: Es liegt an der Geburtenentwicklung. Das ist ein Beispiel aus der Alltagsdiskussion über das Bildungswesen. Während früher im Mittelpunkt der Diskussion von Bildungsfragen pädagogische und humanistische Gesichtspunkte standen, haben in den letzten Jahrzehnten politische und auch ökonomische Aspekte an Bedeutung gewonnen. Es sind inzwischen viele Schlagworte geprägt (Bildungskatastrophe, Bildungsökonomie, Bildungsplanung, Mobilisierung von Bildungsreserven, gleiche Bildungschancen, Recht auf Bildung, Bildungsboom usw.) und Schulreformen eingeleitet worden. Sie haben wiederum neue Begriffe mit neuen Inhalten gebracht und sie zum Teil bereits wieder verworfen: Zwergschule, Dörfergemeinschaftsschule, schülernahe Schule, integrierte Gesamtschulversuche, Orientierungsstufe, Studienstufe, berufsbefähigendes Jahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsakademie usw. Was hat das alles mit der Schulstatistik zu tun? Sehr viel; denn sie bringt die Daten auf den Tisch, die einen objektiven Überblick über Schüler, Klassen und Lehrer aller allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen geben. Sie liefert zudem die Grundlage, um möglichst wirklichkeitsnahe Vorstellungen über die künftige Entwicklung im Schulwesen zu bilden. Erhoben werden die statistischen Daten bei den Schulen, sie liefern sie über ihre Schulaufsicht oder direkt an das Statistische Landesamt. Hier werden sie aufbereitet. Die Arbeitsergebnisse erhält vorrangig das Kultusministerium. Teilergebnisse werden an das Statistische Bundesamt als Landesbeitrag zum schulstatistischen Bundesergebnis geliefert. Vom Statistischen Landesamt werden die Ergebnisse schließlich der Öffentlichkeit detailliert in Statistischen Berichten, konzentriert im Jahrbuch und Taschenbuch, punktuell in den Statistischen Monatsheften zugänglich gemacht.

Hochschulen

Hochschulstatistiken gibt es — wenn auch nur mit wenigen Eckdaten — seit Bestehen der Hochschulen. Die Universität in Kiel wurde zum Beispiel 1665 gegründet und hatte damals 140 Studenten. Erst 235 Jahre später, nämlich im Sommersemester 1900, überschritt die Studentenzahl erstmals die Grenze von 1 000. Heute studieren an der Kieler Universität über 14 000 Studenten. Bundeseinheitliche Statistiken im Hochschulbereich begannen nach dem zweiten Weltkrieg im Sommersemester 1949. Sie basierten auf Absprache zwischen den Ländern und dem Bund. Dieses Verfahren reichte aber nicht aus, um zuverlässige und aktuelle bundeseinheitliche Daten über die Hochschulen zu gewinnen. Durch Änderung des Grundgesetzes im Zuge der Finanzreform wurde 1969 der Hochschulbau, die überregionale Forschungsplanung und die Bildungsplanung als Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern verfassungsrechtlich verankert. Ferner erhielt der Bund die Zuständigkeit für ein Hochschulrahmengesetz und für die gesetzliche Regelung der Ausbildungsbeihilfen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben braucht der Bund umfangreiche statistische Unterlagen. Damit waren die Voraussetzungen für ein Gesetz über die Bundesstatistik für das Hochschulwesen gegeben. Dieses Hochschulstatistikgesetz trat 1971 in Kraft und ist seitdem die Grundlage für das Dezernat „Hochschulen“. Das Arbeitsprogramm ist weit gespannt, und der Inhalt des Gesetzes läßt sich nur in einem langjährigen Stufenplan, der zwischen den Hochschulen, den Ländern und dem Bund abgestimmt ist, realisieren. Es gibt aber bereits gegenwärtig eine Fülle von Daten über den Hochschulzugang (Studien- und Berufsabsichten), über Studenten (Studienvoraussetzung, Studienanfänger, Studienverlauf, Studienabschlüsse u. a.), über Prüfungskandidaten und -ämter, über das wissenschaftliche, künstlerische, technische und Verwaltungshochschulpersonal sowie über die Ausstattung und Nutzung von Hochschulräumen, und zwar für alle Arten von Hochschulen.

Die Hochschulstatistik ist methodisch eine moderne Statistik mit einer hochschulspezifischen Datenbank, die im Statistischen Bun-

Das Interesse an einem Studium hat — so zeigen Befragungsergebnisse aus dem Jahre 1980 — wieder zugenommen. Das gilt aber nicht für das Lehrerstudium.



Im Winter 1980/81 studierten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein — eine Universität, eine Medizinische Hochschule, zwei pädagogische Hochschulen, eine Musikhochschule und fünf Fachhochschulen — über 23 000 Studenten.

desamt geführt wird, und mit einer im Aufbau befindlichen „Verlaufsstatistik“. Das ist eine Aufbereitungsmethode, welche die Individualdaten der Studenten von Semester zu Semester zusammenführt, um Stromgrößen über den Studienverlauf zu gewinnen. Diese Verlaufsstatistik wird Aussagen über Studiendauer, Fachrichtungs- und Hochschulwechsel, Studienerfolg und Studienabbruch ermöglichen. Solche Aussagen werden für Hochschul- und Arbeitsmarktplanung dringend gebraucht. Wegen der Empfindlichkeit der im Hochschulbereich gespeicherten Individualdaten spielen Datenschutz- und Geheimhaltungsbestimmungen im Dezernat „Hochschulen“ – wie im ganzen Amt – eine große Rolle.

Es gibt im Bundesgebiet etwa 450 anerkannte Ausbildungsberufe. Für ungefähr die Hälfte von ihnen wird in Schleswig-Holstein ein Ausbildungsplatz angeboten.

Die männlichen Auszubildenden wollten 1980 in Schleswig-Holstein vor allem (30 %) Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateur, Maurer, Landwirt und Maschinenschlosser werden, die weiblichen vorrangig (47 %) Verkäuferin, Arzt-/Zahnarzthelferin, Friseur und Bürokaufmann.

Berufsbildung

Qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen ist heute als bildungspolitisches Ziel selbstverständlich. In der amtlichen Statistik gab es jedoch in der Vergangenheit keine spezielle Statistik der Berufsausbildung. Die Auszubildenden (früher Lehrlinge) wurden lediglich im Rahmen ihrer dualen Ausbildung – das ist die Berufsausbildung in Schule und Betrieb – in der Berufsschulstatistik erfaßt. Auch in Wirtschafts- und Beschäftigtenstatistiken sind Zahlen über Auszubildende zu finden, außerdem führen die einzelnen Kammern seit jeher ihre eigenen Ausbildungsstatistiken. Erst mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz von 1976 wurde die Nachfrage der Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen zum Kern der Berufsbildungspolitik. Um das Ziel dieses Bundesgesetzes, nämlich den Jugendlichen ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Ausbildungsplätzen zu sichern, realisieren zu können, sind Bestandserhebungen erforderlich. Diese Statistikdaten wurden rationellerweise größtenteils auch weiterhin von den Kammern erhoben und über ihre Spitzenverbände an das Statistische Bundesamt sowie an die Statistischen Landesämter zur abschließenden Aufbereitung weitergeleitet; sie gingen u. a. in den jährlichen Berufsbildungsbericht ein.

Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz von 1976 ist jedoch 1980 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts für nichtig erklärt worden. Dabei standen die Bestimmungen der Berufsbildungsstatistik nicht zur Diskussion, dennoch ist dadurch auch ihre Rechtsgrundlage entfallen. Um die Kontinuität der Berichterstattung nicht zu unterbrechen, wird zur Zeit versucht, einen Teil der Berufsbildungsstatistik freiwillig weiterzuführen. Seit März 1981 liegt nun ein Gesetzentwurf der Bundesregierung über ein Berufsbildungsförderungsgesetz vor, das wieder ein Kapitel „Planung und Statistik“ enthält. Dabei wurden die statistischen Vorschriften den vorliegenden Erfahrungen angepaßt und zum Teil gestrafft. Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf nicht akzeptiert und auch den Statistikteil in Frage gestellt; er bezweifelt, ob die Statistik ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, ob Aufwand und Ertrag in einem angemessenen Verhältnis stehen, und fordert weitere Straffung. Diese Auffassung teilt die Bundesregierung nicht. So weiß also Anfang April 1981 keiner, was aus der Berufsbildungsstatistik werden wird.

Vom 7. 9. 1976 bis 10. 12. 1980:

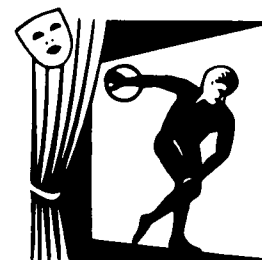
Gesetz zur Förderung des Angebots an Ausbildungsplätzen in der Berufsausbildung
(Ausbildungsplatzförderungsgesetz)

Entwurf vom 25. 3. 1981:

Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung
(Berufsbildungsförderungsgesetz)

Kulturstatistiken

Bildung und Kultur sind zwei Begriffe, die gern zusammen gebraucht werden, und so ist auch ein Kapitel im Statistischen Jahrbuch Schleswig-Holstein benannt. Das Statistische Landesamt führt keine eigenen Kulturstatistiken, es sammelt aber Daten aus dem Bereich der Unterhaltung, Information und Weiterbildung. Ein Interessent findet im bildungsstatistischen Dezernat u. a. Daten über die Presse, über Bibliotheken und Büchereien, über Film und Theater, über Hörfunk und Fernsehen, über Sport und über Volkshochschulen. Alle diese Daten werden selbstverständlich nur mit Angabe der Originalquellen weitergegeben, so daß der Benutzer in der Lage ist, sich auch wegen weiterer Daten oder methodischer Hinweise direkt an die Stelle, die die Daten primär erhoben hat, zu wenden. Dieses Verfahren gilt auch für Daten über „kirchliche Verhältnisse“, die uns von den Kirchenämtern und Religionsgemeinschaften zur Verfügung gestellt werden.



Agrarwirtschaft, Preise, Löhne

Landwirtschaft



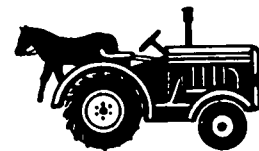
Die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und preiswerten Nahrungsmitteln — auch in Krisenzeiten — gilt als eine der bedeutendsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, wenn auch die Ausgaben für Nahrungsmittel in der Bundesrepublik nur noch gut ein Fünftel aller privaten Ausgaben ausmachen. Im Unterschied zu den meisten anderen Verbrauchsgütern sind Nahrungsmittel unentbehrlich; wenn die Versorgung nur für kurze Zeit ins Stocken geraten sollte, könnte dies krisenhafte Entwicklungen bewirken. Es ist deshalb seit Jahrzehnten erklärtes Ziel der Landes- und Bundesregierungen sowie der EG-Administration, leistungsfähige Produktionsstätten — landwirtschaftliche Betriebe — dadurch zu erhalten, daß man den auf den Betrieben arbeitenden Menschen ein ausreichendes Einkommen gewährleistet und allgemein die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum verbessert. Diesem Ziel dienen einzelbetriebliche Förderungsprogramme ebenso wie Maßnahmen, die die ganze Landwirtschaft betreffen, und produktbezogene Marktordnungssysteme.

Um Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Agrarstruktur entwickeln und einsetzen sowie ihre Wirksamkeit kontrollieren zu können, müssen die Produktion und die Struktur der Produktionsstätten sowie die sozialökonomischen Verhältnisse der dort tätigen Personen samt der Entwicklung dieser Daten bekannt sein. Diese Kenntnisse vermittelt überwiegend die amtliche Agrarstatistik. Ihre Daten werden seit vielen Jahrzehnten von Verbänden, Institutionen, von der Wissenschaft und von der Verwaltung in großem Umfange nachgefragt. Charakteristisch für die gesamte Landwirtschaftsstatistik ist, daß die Daten fast ausschließlich originär erhoben oder gar an Ort und Stelle (durch Zählen, Wiegen und Messen) ermittelt werden müssen (Primärstatistiken). Auf bereits vorhandene Daten, wie sie z. B. im kommunalen und staatlichen Sektor im Rahmen von Verwaltungsvorgängen

vielfach anfallen, kann in der Agrarstatistik kaum jemals zurückgegriffen werden.

Die Schwerpunkte der Agrarstatistik haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Früher war die Landwirtschaft hauptsächlich wichtig als Nahrungsmittelproduzent, und dem entsprachen die Statistiken über Produktionskapazitäten und Produktionsmengen, wie z. B. die Bodennutzungserhebungen, Viehzählungen, Erntestatistiken. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte ist mit den auch politisch bedeutsamen großen Strukturwandlungen in der Landwirtschaft die wirtschaftliche und soziale Funktion der Produktionsstätte „landwirtschaftlicher Betrieb“ ins Blickfeld getreten, und dadurch haben die Statistiken über Betriebsgrößen, Arbeitskräfte, Bestandsgrößen in der Viehhaltung und anderes wesentlich an Raum gewonnen. Hinzu kam während des letzten Jahrzehnts ein wachsender Bedarf an Daten über die sozialökonomischen Verhältnisse, also z. B. über außerbetriebliche Einkommen und außerbetriebliche Erwerbstätigkeit der Landbewirtschaftler. In neuerer Zeit rücken ökologische Betrachtungsweisen in den Vordergrund. Das hat sich auf die Gestaltung der laufenden Statistiken (z. B. über die Bodennutzung) ausgewirkt, aber auch zur Einführung neuer Statistiken, wie der allgemeinen Flächenstatistik und der Statistik der Abfallbeseitigung in der Viehhaltung, geführt.

Um dem erheblich gestiegenen Informationsbedarf einerseits, der Forderung nach möglichst geringer Belastung der Auskunftspflichtigen und kostensparender Aufbereitung andererseits nachzukommen, wurde die Agrarstatistik im Laufe des vergangenen Jahrzehnts tiefgreifend reformiert. Hierbei mußten alle Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung ausgenutzt werden. Ziel der Reform war es, die früher getrennten Einzelstatistiken zu einem Gesamtsystem zusammenzufügen, nicht nur, um Doppelbefragungen über gleiche Tatbestände zu vermeiden (z. B. über die Anbauflächen und Viehbestände in der Bodennutzungserhebung und Viehzählung einerseits und in den Strukturserhebungen andererseits), sondern auch um in kürzeren Abständen Informationen zu erhalten, ohne den Befragungsaufwand wesentlich zu erhöhen.



Die Einführung von Repräsentativerhebungen (Stichprobenerhebungen) und die obengenannten Umstellungen führten dazu, daß das Statistische Landesamt heute die Daten der einzelnen Betriebe verarbeiten muß, statt wie früher fertige Gemeinde- und Kreissummen zu übernehmen. Damit konnten zwar die Auskunftspflichtigen, die Gemeindeverwaltungen und die Kreisverwaltungen erheblich entlastet werden, im Statistischen Landesamt stieg die Arbeitsbelastung jedoch beträchtlich. Nur durch Nutzung aller Rationalisierungsmöglichkeiten konnten diese Mehrbelastungen bisher weitgehend aufgefangen werden.

Bodennutzung

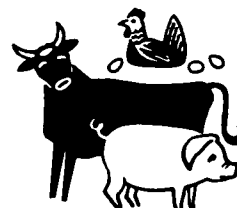
Auskünfte über die Nutzung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen können wir nur von den Bewirtschaftern dieser Flächen erhalten. Um alle Flächen vollständig zu erfassen, muß — zumindest in mehrjährigen Abständen — auf die Katasterunterlagen zurückgegriffen werden. Im Kataster sind jedoch die Eigentümer registriert; das sind nicht immer auch die Bewirtschafter. Im ersten Erhebungsgang (Grunderhebung) werden alle Grundeigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Flächen befragt, ob sie selbst oder andere ihre Grundeigentumsflächen bewirtschaften. Für jeden Bewirtschafter von 1 oder mehr ha Gesamtfläche, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird, legen wir ein Betriebsblatt an und berechnen die selbstbewirtschaftete Fläche. Diese wird in den folgenden Jahren fortgeschrieben, indem sie um die abgegebenen Flächen reduziert und um die neu hinzugekommenen Flächen vergrößert wird.

In einem zweiten Arbeitsgang wird sodann entweder in allen 38 000 Betrieben (Totalerhebung) oder in einer repräsentativen Stichprobe von etwa 7 000 Betrieben die Nutzung der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche — bis hin zu den einzelnen Fruchtarten auf dem Ackerland — ermittelt. Die vorbereitenden Arbeiten und die Befragung in den Betrieben übernehmen die Ämter und Gemeinden mit Hilfe

Die Gebäude-, Hof- und Verkehrsflächen nahmen 1978 etwa 150 000 ha, das waren rd. 10 % der Gesamtfläche des Landes, ein, 1950 waren es erst 96 000 ha. Im gleichen Zeitraum wurde die Waldfläche von knapp 130 000 ha auf knapp 140 000 ha ausgedehnt, die landwirtschaftlich genutzte Fläche jedoch von 1,19 Mill. ha auf 1,13 Mill. ha verkleinert.

von ehrenamtlichen Zählern in den Monaten April und Mai. Ende Mai treffen die ersten, bis Ende Juni die letzten Betriebsblätter und Betriebsbogen der Betriebe Schleswig-Holsteins im Statistischen Landesamt ein. Nach Eingangskontrolle, Kontrollen auf sachliche Richtigkeit und Vollständigkeit, Datenerfassung mit Hilfe der EDV und Tabellierung können etwa Mitte Juli desselben Jahres bereits die vorläufigen Ergebnisse für das Land erstellt und veröffentlicht werden.

Ähnlich — wenngleich in einer wesentlich kleineren Zahl von Betrieben — werden die Anbauflächen von Gemüse, Erdbeeren, Zierpflanzen (alle drei Jahre) und Obst (alle fünf Jahre) erhoben und aufbereitet.



Pflanzliche und tierische Produktion

Wie hoch die jährliche Getreideernte, die Kartoffelernte, die Apfelernte oder die Ernten an verschiedenen Gemüsearten, die Milchproduktion oder das Schlachtschweineangebot sein wird oder gewesen ist, interessiert nicht nur den Landwirt, den Landwirtschaftsminister, den Beamten der EG-Behörde und den Agrarwissenschaftler. Es interessiert genauso den Landhändler, den Leiter einer Nahrungsmittelfabrik und letztlich den Verbraucher. Vom Agrarstatistiker werden daher frühzeitig Daten über Produktionserwartungen und abschließend genaue Daten über die endgültig erreichten Produktionsmengen gefordert.

Direkt ermitteln lassen sich die gesamten Produktionsmengen aus technischen Gründen zumeist nicht; der Statistiker kann sie nur errechnen. Dafür stellt er einerseits recht frühzeitig in jedem Jahr die Produktionsgrundlagen fest — Anbauflächen der Feldfrüchte, des Gemüses, der Äpfel, sowie die Bestände an Milchkühen, Schweinen usw. —, andererseits ermittelt er Leistungen pro Flächeneinheit oder pro Tier durch Sachverständigenschätzungen, durch Messen und Wiegen von Stichproben oder aus anderen Informationen (z. B. Meiereimeldungen).

Erträge im Ackerbau (dt je ha)

| | D 1950-55 | D 1975-80 |
|---------------------|------------------|------------------|
| Winterweizen | 33,7 | 58,1 |
| Wintergerste | 32,8 | 54,1 |
| Winterraps | 19,8 | 28,1 |

Getreideernten in Mill. t

| | 1. Voraus- schätzung Ende Juni | Endgültiges Ergebnis Ende September |
|------|---|--|
| 1977 | 1,8 | 1,99 |
| 1978 | 1,98 | 2,21 |
| 1979 | knapp 2,1 | 2,02 |
| 1980 | 2,07 | 2,07 |

Hochrechnung bringt die Stichprobe, das verkleinerte, wirklichkeitsgetreue Abbild der Gesamtheit, wieder „auf Lebensgröße“. Die Stichprobenergebnisse werden mit bestimmten Faktoren multipliziert.

Von 1950 bis 1979 stieg die Milchproduktion in Schleswig-Holstein um 53 % auf nunmehr 2,4 Mill. t. Der Milchkuhbestand wurde im gleichen Zeitraum lediglich um 19 % aufgestockt, die Leistung je Tier jedoch um fast 30 % gesteigert.

Das Produkt aus Produktionsgrundlage und Ertrag je Einheit ist dann die Gesamtproduktion. Dieses Verfahren hat noch einen entscheidenden anderen Vorteil: da sich die Produktionsgrundlagen sehr frühzeitig feststellen lassen, weit vor Abschluß der Produktion, können mit Hilfe von Sachverständigenschätzungen oder mathematischen Schätzverfahren die Leistungen vorausgeschätzt und die voraussichtlichen Produktionsmengen berechnet werden. Damit können Handel, Weiterverarbeiter sowie die marktordnenden Behörden im Interesse von Erzeuger und Verbraucher frühzeitig vorausplanen. 500 ehrenamtliche Berichterstatter geben allein in Schleswig-Holstein von April bis Dezember monatlich Informationen über Auswinterung, Wachstumsstand, Schädlingsbefall, voraussichtliche Erträge und endgültige Erträge für Feldfrüchte, Gemüse und Obst in ihrem Berichtsbezirk oder in ihrem Betrieb an das Statistische Landesamt.

Zur Ermittlung der tierischen Produktionsgrundlagen werden im Dezember jedes Jahres alle Nutztierbestände und Pferde gezählt, darüber hinaus werden im April und August die Schweine und im Juni die Rinder in repräsentativen Stichprobenbetrieben erfaßt und ihre Zahl im Statistischen Landesamt hochgerechnet. Die 500 000 Daten der allgemeinen **Viehzählung** wie auch die 700 000 Daten der **Bodennutzungserhebungen** werden in der Datenzentrale von einem computergesteuerten Leser erfaßt, der in einer Stunde etwa 3 500 Belege (mit etwa 35 000 Daten) lesen kann. Voraussetzung für dieses Verfahren sind nicht nur spezielle Fragebogen, sondern auch eine Jahr für Jahr zu wiederholende Schulung der Zähler in den Gemeinden, die diese Belege „computergerecht“ ausfüllen müssen.

Neben den Grundlagen für die tierische Produktion werden auch die Produktionsmengen selber festgestellt. Hierzu liefern Meiereien, Veterinärämter, Schlachtereien, Schlachtviehmärkte, Brütereien und der Landeskontrollverband (Milch) monatlich wertvolle Daten.

Struktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

Die vorerwähnten Erhebungen werden nicht nur für die oben genannten Produktionsberechnungen ausgewertet, sondern liefern die Grunddaten für eine Reihe von Strukturaussagen, z. B. über die Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Größenstruktur der Viehhaltungen, die wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe (Betriebssystematik) sowie die ökonomischen Standardgrößen, wie z. B. das Standardbetriebseinkommen. Zusätzlich werden jedoch in gesonderten Erhebungen Strukturdaten direkt erfragt, so z. B. Daten über außerbetriebliche Einkommen der Inhaberfamilien, Buchführung, Arbeitskräfteeinsatz, Arbeitszeiten, außerbetriebliche Tätigkeiten, Besitzverhältnisse, Pachtpreise und anderes mehr. Daten über Arbeitskräfte werden jährlich in etwa 7 000 repräsentativ ausgewählten Stichprobenbetrieben erfaßt; die übrigen alle zwei Jahre, und zwar abwechselnd total und repräsentativ.

Agrarberichterstattung und **Arbeitskräfteerhebungen** liefern, da es sich um Repräsentativerhebungen handelt, im wesentlichen nur Landesergebnisse. Für landesplanerische Aufgaben, agrarstrukturelle Vorplanungen sowie für eine Vielzahl wissenschaftlicher, behördlicher und privater Forschungen und Untersuchungen werden jedoch auch Gemeinde-, Kreis- oder Naturraumergebnisse nicht nur über die Agrarproduktion, sondern auch über die Agrarstruktur — z. B. über Arbeitskräfte, Besitzverhältnisse, Pachtpreise — benötigt. Derartige Daten liefern die etwa alle 10 Jahre stattfindenden Landwirtschaftszählungen, zu denen alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe herangezogen werden. Zur Landwirtschaftszählung gehören auch Spezialerhebungen in den Bereichen Gartenbau, Binnenfischerei und Forst.

Preise und Preisindizes

Die Preisstatistik und die Preisindizes — insbesondere jene für die Lebenshaltung — finden in Zeiten einer labilen Preisentwicklung in der Öffentlichkeit besonderes Interesse. Das Interesse wächst in dem

Von 1949 bis 1979 stieg die Zahl der Betriebe ab 50 ha LF von 3 500 auf 6 300. Gleichzeitig nahm die Zahl der Betriebe von 2 bis unter 20 ha LF von 34 600 auf nur noch 9 700 ab.

Ständig beschäftigte familienfremde
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

1950: 105 000 1979: 10 000

Maße, wie der Preisindex sein Wachstumstempo beschleunigt. Die Inflation greift in den Lebensbereich jedes Verbrauchers ein. Sie zehrt an seinem Einkommen, seinem Geldvermögen und an seinen Ersparnissen. Dies soll vermieden werden. Die Sicherung des Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung und der Geldwertstabilität sind deshalb heute wesentliche wirtschaftspolitische Ziele unseres Staates. Ob der Geldwert stabil ist, wird durch verschiedene Preisindizes gemessen. Steigen diese an, so löst dies in der Regel Reaktionen aus, die weitgehende Wirkungen haben können:



Tarifauseinandersetzungen, u. a. um einen inflationsbedingten Einkommensausgleich,

Konjunkturzuschläge zur Lohn- und Einkommensteuer,

Verteuerung der Geldbeschaffungskosten und Verknappung der Geldmenge,

Erhöhte Nachfrage der Bürger nach Sachwerten, z. B. nach Gold.

Infolge der inflationären Preisentwicklung suchen auch immer mehr Menschen, vertragliche Zahlungsvereinbarungen, z. B. Leibrenten, in DM auf Indexbasis wertbeständig abzusichern, und überziehen damit unser Zusammenleben mit einem Netz automatisch wachsender Forderungen, die wiederum die Inflation begünstigen.

Da der Gradmesser der Inflation so weitreichende Wirkungen auf unser Leben haben kann, muß er fundiert und aussagestark konstruiert sein. Es gibt heute eine Reihe von Preisindizes, die auf unterschiedlichen Stufen der Produktion oder des Handels ermittelt werden. Etwa für Produkte der Ein- und Ausfuhr, Preisindizes von inländischen und importierten Grundstoffen, von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln, von industriellen Erzeugnissen, von Neubauten, und Indizes, die für die Groß- und Einzelhandelsstufe berechnet werden. Auch die rasanten Preisanstiege bei Grund und Boden werden in begehrten Veröffentlichungen objektiv dokumen-

tiert und helfen, die politische Diskussion sowie privatrechtliche Verhandlungen zu versachlichen.

Am bedeutendsten ist jedoch der **Preisindex für die Lebenshaltung**, der für mehrere Haushaltstypen berechnet wird. Er soll darstellen, in welchem Ausmaß sich die Preisbewegungen bei den Gütern und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für die Lebenshaltung in Anspruch genommen werden, auf die Haushaltsausgaben ausgewählter Verbrauchergruppen auswirken. Seine Konstruktionsprinzipien wurden bereits 1871 von Laspeyres erarbeitet, der sie allerdings selbst mangels ausreichenden statistischen Materials nicht anwenden konnte. Indexähnliche Berechnungen gab es für größere Städte, u. a. für Lübeck, schon seit 1886. Sie beziehen jedoch in einer noch agrarbetonten Wirtschaftsstruktur allein den Ernährungssektor und wenige Produkte des Grundbedarfs ein. Mit der zunehmenden Arbeitsteilung und der einhergehenden Differenzierung des Güter- und Leistungsangebots sind in die Preisindexberechnung zunehmend mehr Konsumbereiche (Wohnung, Kleidung, Verkehr, Gesundheit, Unterhaltung u. v. m.) einbezogen worden. Diese Differenzierung des Güter- und Leistungsangebots macht es heute erforderlich, daß Preise, Tarife und Gebühren von 778 Indexpositionen des privaten Verbrauchs im Bundesgebiet monatlich ermittelt werden, um einen aussagekräftigen Preisindex der Lebenshaltung berechnen zu können. Dazu werden monatlich im Bundesgebiet in 119 ausgewählten Städten (Berichtsgemeinden) in etwa 30 000 Berichtsstellen 214 000 Einzelpreise erhoben. In Schleswig-Holstein werden davon in Kiel, Lübeck, Flensburg, Rendsburg, Itzehoe, Husum, Bad Segeberg, Meldorf, Oldenburg und Ratzeburg etwa 16 000 Einzelpreise, Tarife oder Gebühren ermittelt und zu etwa 750 Landesdurchschnittspreisen verdichtet, die dann mit den Ergebnissen anderer Bundesländer in den Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet eingehen.

Die Bereitstellung dieser Indexzahlen für die Öffentlichkeit stellt einen bedeutenden Dienstleistungsschwerpunkt des Statistischen Landesamtes dar.

Haushaltstypen des Preisindex für die Lebenshaltung:

Alle privaten Haushalte

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen

4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern

Einfache Lebenshaltung eines Kindes

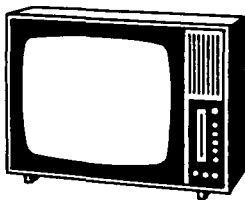


So war der Preisindex des Warenkorbes eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushaltes mit mittlerem Einkommen (1976 = 100):

| | | Anstieg |
|-------|-----|----------|
| 1950: | 46 | 1,2 fach |
| 1960: | 56 | 1,3 fach |
| 1970: | 72 | 1,6 fach |
| 1980: | 116 | |

Einkommensverwendung — Ausstattung, Verbrauch, Vermögen privater Haushalte

Gut 54 % des Bruttosozialproduktes — stattliche 658 Mrd. DM — haben die privaten Haushalte 1979 im Bundesgebiet für den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben, und im gleichen Umfang haben Handel und gewerbliche Wirtschaft ein entsprechendes Angebot bereitgestellt. Daß das Angebot seine Nachfrage findet, ist global betrachtet sicher der Ausgleichsfunktion des Preises in unserer Marktwirtschaft zu danken. Für den einzelnen Gewerbetreibenden bedeutet dies jedoch nicht immer auch reißenden Absatz und lohnenden Gewinn. Nicht selten sehen sich Unternehmer plötzlich einer rückläufigen Nachfrage gegenüber, der erzielbare Preis deckt nicht mehr die Kosten, Verluste und volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen werden offenbar. Dies schadet dem Wohlstand unseres Gemeinwesens, induziert soziale Konflikte und sollte daher vorausschauend abgewendet werden. Dazu ist vorrangig eine umfassende Information notwendig: insbesondere über die Konsumwünsche der Bevölkerung, ihre Ausstattung mit Konsumgütern und über ihre Möglichkeiten zur Finanzierung der Konsumwünsche aus laufenden Einkommen, Ersparnissen oder Krediten. Das unternehmerische Marketing vermag punktuell Absatzchancen bestimmter Waren zu prognostizieren, solche Schätzung sollte jedoch stets in einen globalen Rahmen mit umfassenden Informationen gespannt werden. Solche Informationen etwa über Verbrauch und Vermögen aller wichtigen Bevölkerungsschichten sowie über die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Wirtschaftsgütern liefert die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe**, eine Erhebung, die von etwa 2 700 Haushalten in Schleswig-Holstein laufende Aufzeichnungen über ein Jahr erfordert. Wegen der umfassenden Anlage der Befragung findet sie nur alle 5 Jahre statt. Dazwischen beschränkt sich die Beobachtung auf 3 wichtige Haushaltstypen in den **laufenden Wirtschaftsrechnungen**. Ein repräsentatives **Zustandsbild** vom Konsumverhalten der Bevölkerung kann aus dieser eingeschränkten Beobachtung nicht gewonnen werden; sie dient vorrangig als Meßinstrument für wesentliche **Veränderungen** im Konsumverhalten.



Lohn- und Lohnnebenkosten

Verbitterung, Hunger und Elend haben in ferner Vergangenheit Streitigkeiten über eine gerechte Entlohnung begleitet. Heute gilt dank des verantwortungsvollen und versachlichten Handelns der Tarifparteien die Bundesrepublik als sozial befriedet. Streik und Aussperrung bleiben zwar Instrumente, um die eigene Verhandlungsposition glaubhaft zu bekräftigen, ihr Einsatz ist jedoch berechenbarer geworden, denn überbetrieblich gültige Informationen über die Ausgangslage jeder Tarifaueinandersetzung helfen den Parteien, Verhandlungen sachlich zu führen und ihre Erwartungen nicht zu übertreiben. Kernstück ist dabei die von beiden Parteien anerkannte amtliche Verdienststatistik. Sie kennt wechselnden Frageschwerpunkten angepaßte Stichprobenerhebungen:

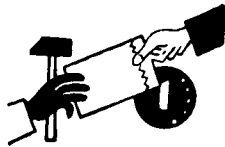


- eine aktuell verfügbare, jedoch grobe Information aus den wesentlichen Wirtschaftszweigen sind die überbetrieblich gültigen effektiven Verdienste von weiblichen und männlichen Arbeitern und Angestellten unterschiedlicher Qualifikation. Die geforderte Aktualität läßt nur die Erhebung der Lohnsumme und der Zahl der Mitarbeiter je Betrieb zu. Aus diesen beiden Daten wird dann der jeweilige Durchschnittsverdienst berechnet — ein grobes Verfahren, denn ein Durchschnitt erlaubt keinen weiteren Blick, etwa auf das Lohngefüge. Die effektiven Verdienste werden nach Auswertung der Tarifverträge um tarifliche ergänzt. Der Vergleich beider erlaubt weitere Rückschlüsse, etwa darüber, wie weit man in Tarifverhandlungen gehen kann.
- Diese aktuelle, nur auf die betriebliche Lohn- und Gehaltssumme abgestellte und daher grobe Verdienstübersicht wird mehrjährig um Feininformationen über die Arbeitnehmerverdienste komplettiert, die aus den individuellen Daten einzelner Arbeitnehmer gewonnen werden. Die Ergebnisse zeigen Gefüge und Streuung der Arbeitnehmerverdienste auf und erlauben, da auch nach Lohnbestimmungsfaktoren wie Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Beruf, Geschlecht gefragt wird, das Verdienstgefüge

So war der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der männlichen Facharbeiter in der Industrie:

| | | Anstieg |
|-------|-----------------|----------------|
| 1950: | 1,41 DM | |
| 1960: | 3,07 DM | 2,2fach |
| 1970: | 7,47 DM | 2,4fach |
| 1980: | 15,44 DM | 2,1fach |

teilweise auch ursächlich zu erklären. Für manches kontroverse Thema unserer Zeit, z. B. die „diskriminierende Unterbezahlung der Frau“, bietet diese Erhebung reichhaltigen, fundierten Stoff an.



- Die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer sind ein wesentlicher Kostenbestandteil für die Arbeitgeber. Zunehmende Bedeutung für die unternehmerische Kostenseite gewinnen heute auch die Personalnebenkosten, wie die von Arbeitgebern zu zahlenden gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge, bezahlter Urlaub, Gratifikationen, Verdienstfortzahlung im Krankheitsfall und vieles mehr. Die Personalnebenkosten haben heute bereits einen Anteil von 35 % bis gut 40 % an den gesamten Personalkosten erreicht. Um Fehlentwicklungen auf dem Gebiet der betrieblichen Sozialleistungen zu vermeiden, sollte man das Ausmaß und Gefüge der gesetzlichen und tariflichen personalbezogenen Leistungen kennen. Die mehrjährigen Erhebungen über Personal- und Personalnebenkosten leisten dazu ihren Beitrag.

Handel, Verkehr, Soziales, Bevölkerungszensus

In dieser Abteilung werden sowohl wirtschaftliche, „sächliche“ Vorgänge beobachtet als auch solche, die Menschen betreffen. Dabei wird sowohl gezählt (wie viele?) als auch gemessen (wie groß?), und beides bezieht sich teils auf Bestände (was ist an einem Stichtag vorhanden?), teils auf Ereignisse, die in einem Zeitraum geschehen sind. Von den Großzählungen, die nur in 5- bis 10jährigen Abständen stattfinden, werden zwei in dieser Fachabteilung betreut: die Handels- und Gaststättenzählung und die Volkszählung. Die meisten Statistiken geben im Jahresrhythmus Auskunft, einige auch in monatlicher und eine sogar in wöchentlicher Periodizität. 30 Mitarbeiter stehen ständig, weitere bei Bedarf für begrenzte Zeit zur Verfügung.



Handel, Gastgewerbe

Die laufende Beobachtung des Einzel- und Großhandels, der Handelsvermittlung und des Gastgewerbes ist für wirtschaftspolitische Entscheidungen von ebensolcher Wichtigkeit wie die der produzierenden Bereiche, Industrie und Landwirtschaft. Ein Sechstel aller Beschäftigten arbeitet in diesem Bereich, ein Zehntel des Bruttoinlandsprodukts wird hier erwirtschaftet. Die konjunkturelle Entwicklung, auf die feingliedrig zu reagieren ständige aufmerksame Beobachtung verlangt, ist an den Umsätzen des Handels vorzüglich abzulesen, über den ein großer Teil des privaten Verbrauchs läuft (über seine Bedeutung siehe auch im Abschnitt über die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen). Da die Zahl ähnlicher Einheiten in der Beobachtungsmasse „Handel“ recht groß ist, wird die Aufgabe der laufenden Beobachtung am besten durch eine Stichprobenerhebung erfüllt, die im Vergleich zu einer Totalerhebung weniger Auskunftspflichtige ständig belastet und den Erhebungs- und Bearbeitungsaufwand im Statistischen Landesamt verringert. Man kommt in diesem Falle mit Stichproben von 10 bis 15 % aus, wenn diese nach allen Regeln der Kunst gezogen werden. Von etwa 2 500 Unternehmen werden monat-

Ein Staatsoberhaupt „repräsentiert“ sein Land beim diplomatischen Empfang, der Reisevertreter einer Firma kann „Repräsentant“ heißen, ein Budget kann einen Posten Ausgaben für „Repräsentation“ aufweisen, wir leben in einer „repräsentativen“ Demokratie — der Statistiker gibt sich alle Mühe, daß seine Stichprobe die Gesamtheit „repräsentiere“.



lich nur die Umsätze und Beschäftigten, also zwei Angaben erfragt, jährlich dann ein detaillierter Katalog über tätige Personen, Wareneingänge und -bestände, Investitionen, Lohn- und Gehaltssummen, Umsätze, und mehrjährig das Warensortiment.

Zu den „Regeln der Kunst“ einer repräsentativen Stichprobenerhebung gehören eine Reihe von Informationen. Zunächst muß der Statistiker seine „Grundgesamtheit“ kennen, also das Kollektiv, über das er später mit Hilfe von nur stichprobenweiser Erhebung etwas Repräsentatives, d. h. „stellvertretend Zutreffendes“ aussagen will, bevor er die Zusammensetzung der nötigen Stichprobe bestimmen kann. Er muß die Verteilung der Merkmale, auf die es ihm ankommt, kennen, um seine Stichprobe optimieren zu können, sie also an der insgesamt günstigsten Stelle der gegenläufigen Linien für Umfang und Genauigkeit ansiedeln. Dies gilt für jeden Anwendungsfall von Stichprobenerhebung, und deshalb gibt es in allen Fachbereichen, die solche anwenden, auch grundlegende Totalzählungen in größeren Abständen. Hier ist es die **Handels- und Gaststättenzählung**, zuletzt 1979, die als Basiserhebung für die repräsentativen Erhebungen dient und auch zu anderen Fragen unentbehrliche Beiträge liefert, zum Beispiel

- wie wird die Bevölkerung durch Läden aller Art versorgt?
- welche Beziehungen bestehen zwischen Strukturen jeder Art im Handel und etwa den Preisen, der Konkurrenz, der Beschäftigung?
- welche Beiträge erwirtschaften welche Teile des Handels zum Bruttosozialprodukt?

Eine solche Großzählung bringt typische Komplikationen mit sich; von ihnen zu lesen kann vielleicht die Vorstellungen darüber ein wenig anreichern, was die Leute im Statistischen Landesamt eigentlich so alles machen:

- Woher beschafft man die Adressen von 30 000 Handels- und Gaststättenunternehmen und wie veraltet sind sie?

- Wie klärt man die Bereichszugehörigkeit, wenn ein Betrieb z. B. sowohl Handwerk als auch Laden betreibt? Diese Frage hat theoretische und praktische Seiten.
- Manche Unternehmen bestehen aus mehreren oder gar vielen Betrieben (Niederlassungen). Sofern diese über mehrere Bundesländer verteilt sind, bedarf es eines Austausches der Erhebungsbogen, weil „länderscharfe“ Ergebnisse nur aus den kleineren Einheiten der Betriebe (oder Arbeitsstätten) gebildet werden können. Merkmale wie Rechtsform oder Kapitalverflechtung dagegen können nur für ganze Unternehmen beschrieben werden. Deshalb sind zwei Sorten von Ergebnissen zu bilden.

Letzte Totalzählung Handel und Gaststätten (1979): 14 000 Unternehmen mit Schwerpunkt im Einzelhandel, 8 400 im Gastgewerbe, 3 600 im Großhandel, 2 500 in der Handelsvermittlung.

In diesen Bereich gehört ferner die Außenhandelsstatistik, die vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet, im Statistischen Landesamt jedoch veröffentlicht und für Auskünfte bereitgehalten wird. Die Warenströme, die sowohl gewicht- als auch wertmäßig, nach einem detaillierten Warenverzeichnis und nach Aus- und Einfuhr spezifiziert sind, lassen die wirtschaftliche Verflechtung mit den anderen Ländern, auch in ihrer Güterstruktur, erkennen, eine Information, auf die weder Regierung noch Wirtschaft verzichten können.

Beherbergungsstatistik

Die verschiedenen Belege, die für die Beherbergungsstatistik im Hause verarbeitet werden, spiegeln wider, wie man von mehreren Seiten her versucht, das eigentlich interessierende Geschehen statistisch in den Griff zu bekommen. Das Geschehen ist der vorübergehende Aufenthalt (Übernachtung) gegen Entgelt. Die näheren Umstände und Anlässe dazu sind vielfältig: Dienst- und Geschäftsreise, Naherholung, Urlaub, Kindererholung, Genesung, Kongreß. Man befragt Hotels, Gasthäuser, Pensionen, Sanatorien, Ferienzentren, Jugendherbergen, Campingplätze, Kinderheime. Monatlich werden Gäste (Ankünfte) und Übernachtungen gezählt. Zur Bewertung muß man das Bettenangebot wissen; jährlich wird es erfragt. Die an sich wünschenswerte Information für alle Aufenthalts- und Übernacht-



**Im Sommerhalbjahr 1980 verbrachten
1,6 Mill. Gäste 11,2 Mill. Nächte
in Hotels, Gasthäusern, Pensionen —
und 0,7 Mill. Gäste 8,4 Mill. Nächte
in Privatquartieren
(Ergebnis in 156 Berichtsgemeinden).**

tungsformen und zugleich für alle Gemeinden kann wegen des zu hohen Aufwandes nicht beschafft werden. Die Bundesregierung verzichtet gemäß ihrer Interessenlage von 1981 an auf alle Unterkünfte mit weniger als 9 Betten, das Land und die Fremdenverkehrswirtschaft haben dann das Nachsehen, denn das halbe Geschehen spielt sich in Schleswig-Holstein gerade in den kleineren und privaten Unterkünften ab.

Diese Statistik gehört übrigens zu den ersten, die man im Hause auf eine technisch neue Weise bearbeitete: ein eigenes kleines elektronisches Datenverarbeitungssystem wird über Bildschirme betrieben, die an den Arbeitsplätzen stehen. Früher wurden alle Belege vom Bearbeiter auf vollständige und plausible Ausfüllung geprüft und die Daten dann in einem mehrstufigen Verfahren über Hilfslisten zu den benötigten Summen verdichtet (aggregiert), also je Gemeinde für jede Betriebsart summiert und weiter zu Kreisergebnissen und zum Landesergebnis zusammengefaßt. Jede Übertragung von einem Papier in ein anderes und jede Addition müssen bei solcher „manuellen Aufbereitung“ überprüft werden, sei es durch Wiederholung, durch Lesen und Vergleichen oder durch Kontrollrechnen. Der Beurteilung der Plausibilität einer Angabe waren bei diesem Verfahren enge Grenzen gesetzt; man kann z. B. nicht generell zum Vergleich die letzten Monatsmeldungen derselben Berichtseinheit heranziehen.

Heute bedienen die Bearbeiter ein elektronisches Erfassungsgerät mit Bildschirm. Dahinter steckt, räumlich entfernt, aber im gleichen Hause, der Rechner, der unmittelbar bei jeder Eingabe prüft, ob sie zulässig ist (gibt es diese Gemeinde, diese Betriebsnummer?) und ob sie wahrscheinlich richtig ist (z. B. wäre 100prozentige Auslastung eines Gasthauses an der See im Mai unwahrscheinlich). Wenn zweifelhaft oder unzulässig, weist ein Text auf dem Bildschirm dem Bearbeiter den Weg zur Berichtigung. Erst das akzeptable Datum „geht auf Platte“ — und wenn alle Eingaben für einen Monat gelungen sind (das System kann auch Daten für fehlende Betriebe schätzen), dauert es nicht lange, bis alle gewünschten Tabellen errechnet und gedruckt sind.

Verkehr

Hierunter fallen die Statistiken über Straßenverkehrsunfälle, über den Kraftfahrzeugbestand und über Straßen, ferner eine Reihe von Sekundärstatistiken (also solche, die nicht im Hause erhoben werden) über Gütertransporte auf dem Seeweg, auf Schienen und auf Straßen. Sie geben Auskunft über die jeweils transportierten Gewichte von Gütern aller Art gemäß einem ausführlichen Katalog. Wenn eine Ware die Zollgrenze überschreitet, befördert sie sich außerdem in die weiter oben erwähnte Außenhandelsstatistik.

Wie wird die Verkehrsbelastung der Straßen zunehmen? Bedeuten mehr Unfälle, daß die Leute schlechter Auto fahren? Wie wird sich der Benzinbedarf entwickeln? Welche Schadstoffmengen können vermieden werden, wenn die Emission jedes Fahrzeugs um einen Betrag gesenkt wird? Solche und ähnliche Fragen, die sich auf fahrende Kraftfahrzeuge beziehen, verlangten eigentlich die Kenntnis der Fahrleistungen jedes Kraftfahrzeuges. Eine solche Erhebung, die durch die Kilometerzähler jedes Fahrzeugs eine ideale Grundlage hätte, gibt es jedoch nicht. Man bedient sich einer Ersatzgröße, nämlich des Kfz-Bestandes, der leicht festzustellen ist. Unter der Annahme konstanter Fahrleistungen des einzelnen Fahrzeugs könnten dann Veränderungen des Bestandes für solche der in Summe gefahrenen Strecke genommen werden. Leider weiß man von dieser Annahme hauptsächlich, daß sie falsch ist, nicht aber, durch welche anerkannt bessere man sie ersetzen sollte.

Das Kraftfahrbundesamt in Flensburg, bekannt als Hüter der Verkehrs-sünderkartei, erhält von den Zulassungsstellen laufend die Angaben über neu zum Verkehr zugelassene und abgemeldete Kraftfahrzeuge, und von den Versicherungsgesellschaften Angaben über die Kraftfahrzeuge mit Versicherungskennzeichen (die nicht zulassungspflichtig sind), das sind hauptsächlich Mofas, Mopeds, Mokicks. Daraus und aus den vorhandenen Bestandszahlen schreibt das Kraftfahrtbundesamt den **Bestand an Kraftfahrzeugen** fort.



Laut einer Ermittlung der Bundesanstalt für Straßenwesen legten die Kfz (ohne Krafträder) im Jahre 1980 durchschnittlich 13 000 km zurück.

Typisches Beispiel einer Fremdstatistik. Der Begriff bezieht sich auf die Sicht vom amtlichen statistischen Dienst aus: Irgendwoanders wird gezählt und eine Statistik erstellt; das fertige Ergebnis wird dem Statistischen Landesamt übermittelt, das hieraus eigene, auf Landeszwecke zugeschnittene Veröffentlichungen erstellt. Diese Form der Statistik kommt im Verkehrsbereich verhältnismäßig oft vor.

Verordnung der letzten Jahre

Moped-Führerschein
Warndreieck, Verbandskasten
Erste-Hilfe-Kurse
3-Punkt-Gurte

Tempo 100
Lkw-Fahrverbote
0,8-Promille-Gesetz

Mehrfachtäter-Punktsystem
BAB-Richtgeschwindigkeit
Anschnallpflicht

Kinder auf Rücksitzen
Helm auf Krafträdern
Helm auf Mopeds



Der individuelle private Straßenverkehr hat ohne Zweifel eine öffentliche Seite. Vielleicht sind Straßen und was auf ihnen geschieht sogar ein Musterbeispiel für Öffentlichkeit, für öffentliche Belange, und damit für einen Gegenstand staatlicher Zuwendung. Der Staat — im weiteren Sinne, also bis zur Gemeinde hinunter — baut die Straßen, er ist auch für das Geschehen auf ihnen zuständig. Er muß dahin wirken, die Verkehrssicherheit auf ihnen zu erhöhen, die Zahl der Unfälle zu vermindern, ihre Schwere zu verringern. Dieses Bemühen hat seinen Niederschlag in vielen Maßnahmen der Regierungen gefunden. Um deren Ansatzpunkte (Verkehrsteilnehmer? Fahrzeug? Straße?) zu finden und um ihre Wirkung zu kontrollieren, bedarf es detaillierter Kenntnisse über die **Straßenverkehrsunfälle**. Nicht nur die Verkehrsminister und die Polizei, sondern zum Beispiel auch die Bundesanstalt für den Straßenverkehr, der Deutsche Verkehrssicherheitsrat und die Automobilclubs wären in vielem ohne diese Zahlen hilflos.

In der Erhebungsmethode stellt sich die Straßenverkehrsunfallstatistik als eine Besonderheit dar: Ursprung der Zahl ist nicht, wie sonst meist, der Betroffene oder Verursacher des Ereignisses, sondern die Polizei. Dabei bleibt so mancher Unfall unerfaßt, weil die Polizei nicht zu allen Unfällen hinzugezogen wird. Die Unfallanzeige der Polizei dient dann drei parallelen Zwecken, so daß man nicht von einer reinen Primärstatistik sprechen kann. Außer an das Statistische Landesamt geht die Unfallmeldung, ein 5-Satz-Block, nämlich auch an die Bußgeldbehörde oder Staatsanwaltschaft sowie an eine besondere Polizeidienststelle für örtliche Unfalluntersuchungen.

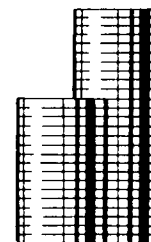
Die Mitarbeiter im Hause verarbeiten jährlich knapp 40 000 Unfallanzeigen mit einem großen Merkmalskatalog; weitere gut 40 000, bei denen nur begrenzter Sachschaden (unter 1 000 DM bei jedem Verkehrsteilnehmer) und kein Personenschaden entstand, werden nur der Zahl nach registriert.

Soziales

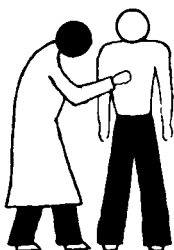
Wieder eines jener weitherzigen Wörter, die dem Benutzer präzisere Formulierung ersparen und dafür auf die bloße Hoffnung verweisen, der Hörer oder Leser werde aus der Verbindung mit dem übrigen Text schon entnehmen, was gerade hier gemeint ist. „Sozialstatistik“ ist nicht etwa eine Wohltat für den, der sie machen muß. Sie befaßt sich mit Umständen des Menschen als sozialem, also gesellschaftlichem Wesen, z. B. mit „Sozialhilfe“ im engeren Sinne, mit Kriegsopferversorge, Schwerbehinderten, Jugendhilfe, ferner mit Krankenhäusern, ansteckenden Krankheiten, den Personen in Berufen des Gesundheitswesens, dann auch mit Rechtsverstößen und ihrer banalen Folge, der Haft (aber nicht mit ihren sozial bedeutsamen Folgen, die sich praktikabler Erfassung widersetzen) — kurz mit Gebieten staatlicher Tätigkeit, die auf den individuellen Menschen bezogen sind. Eben weil es öffentliche Aufgaben sind, ist die nötige Information über diese Leistungszweige Bestandteil der amtlichen Statistik.

Stichworte wie „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ und „Konzertierte Aktion des Bundesarbeitsministers“ bezeichnen politische Aufgaben, zu deren Lösung die Statistik Basismaterial beiträgt. Jährlich gleiche Erhebungen bei allen Krankenhäusern ermitteln, wieviel Betten in ihnen stehen, wie viele Patienten behandelt worden sind, welches ärztliche und pflegerische Personal zur Verfügung stand und wie sich all dies auf die Fachabteilungen aufteilt. Weil nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes das Gesundheitswesen Sache der Bundesländer ist, gibt es kein Bundesgesetz, das die **Krankenhausstatistik** anordnet. Sie wird vielmehr als koordinierte Länderstatistik in einer historisch gewachsenen Form durchgeführt, die in kleinen Schritten den neuen Erfordernissen angepaßt wurde.

Eine Besonderheit der Krankenhausstatistik liegt darin, daß sie zugleich mehreren primären Zwecken dient. Die Erhebungsbogen gehen zunächst den Gesundheitsämtern der Kreise und kreisfreien Städte zu. Diesen Behörden obliegen nach dem Gesundheitsdienstgesetz



„Koordinierte Länderstatistiken“ entbehren einer bundesgesetzlichen Grundlage, die sie notwendig in allen Bundesländern gleich machen würde. Ihre Einheitlichkeit beruht auf freiwilligen Absprachen zwischen den fachlich zuständigen Ministerien der Länder, mit oder ohne Beteiligung eines Bundesressorts. Es gibt sie besonders auf den Gebieten der Rechtspflege-, Gesundheits- und Schulstatistik.



Schnelle Statistik:

Die wöchentlichen Meldungen der Gesundheitsämter führen zu Berichten auf Bundesebene über Ereignisse, die dann erst knapp 3 Wochen alt sind.

Zentral im Statistischen Bundesamt erhobene und aufbereitete Bundesstatistik

Von allen Schwangerschaftsabbrüchen des Jahres 1978 wurden 70 % wegen sozialer Indikation vorgenommen.

des Landes bestimmte Aufgaben auch bezüglich der Krankenhäuser, denen deshalb im erwähnten Gesetz eine Berichtspflicht auferlegt ist. Schließlich tritt als dritter Primärbeteiligter das Land direkt auf, dessen Sozialministerium in seiner Gesundheitsabteilung unter anderem die sog. „Krankenhausbedarfsplanung“ betreibt, welche ihrerseits aus einem Bundesgesetz, dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, abgeleitet ist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe müßte der Sozialminister eigene Erhebungen veranstalten, wenn es nicht schon welche gäbe.

Seuchen spielen in Europa so gut wie keine Rolle mehr, die allgemeine Hygiene, die Arztdichte und verbreitete Kenntnisse haben dies bewirkt. Dennoch ist ständige Wachsamkeit vonnöten, um auch den Anfängen epidemischer Verbreitung entgegentreten zu können. Das Bundes-Seuchengesetz enthält deshalb eine Meldepflicht aller Ärzte gegenüber den Gesundheitsämtern über rund 40 **ansteckende Krankheiten**. Ähnliches gilt für die ansteckenden Geschlechtskrankheiten. Das Statistische Landesamt verarbeitet die laufend eingehenden Einzel- und Sammelmeldungen zu einem Wochenbericht und mehreren anderen vierteljährlichen und jährlichen Berichten.

Die Reform des § 218 StGB hat vor einigen Jahren die Gemüter heftig bewegt. Mit der Rechtsänderung im Sinne einer „Indikationen-Lösung“ (im Gegensatz zur verworfenen „Fristenlösung“) wurde zwangsläufig der Bedarf nach einer entsprechenden Statistik geboren. Zuvor stellten Abtreibungen nur einen Straftatbestand dar, der gleich allen anderen Delikten in der Strafverfolgungsstatistik zum Ausdruck kam (und nach wie vor dort erscheint). Nun war es zur Beobachtung der Auswirkungen der neuen Paragraphen 218a und 218b unerlässlich, die legalen Abtreibungen statistisch zu ermitteln. Der Artikel 4 des 5. Strafrechtsreformgesetzes führte deshalb eine Bundesstatistik mit sieben zu erhebenden Merkmalen ein und bestimmte als Berichtspflichtigen den ausführenden Arzt und als erhebende Stelle das Statistische Bundesamt. Die fachlich berührte Stelle im Statistischen Landesamt empfängt lediglich die fertigen vierteljährlichen Tabellen für Schleswig-Holstein und kann Auskunft daraus erteilen.

Der Staat als der legitime Wächter über die Einhaltung der Gesetze muß einen Überblick über die Kriminalität und ihre Behandlung durch die Gerichte haben. Ähnliches gilt für Zivilstreitigkeiten, deren Entscheidungsgrundlagen Gesetze sind, die in Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen ebenfalls weiterzuentwickeln sind. Jedes Urteil eines ordentlichen Gerichts wird sowohl als „Sache“ wie auch – bei Strafsachen – in Bezug auf die abgeurteilte Person für mehrere Statistiken in bundeseinheitlicher Weise erfaßt. Auch dies sind Beispiele für „koordinierte Länderstatistiken“, also ohne bundesgesetzliche Grundlage. Im Hause werden jährlich rund 160 000 Zählblätter für Statistiken auf dem Gebiet der **Rechtspflege** verarbeitet. Die großen „Brocken“ darunter sind 38 000 Belege für Abgeurteilte, 48 000 für Strafsachen und 61 000 für Zivilsachen (ohne Familiensachen).

Die soziale Sicherung der Bürger ist in einem modernen Staat ein wesentliches Anliegen, für das er einen großen Teil seiner Mittel ausgibt. Aus der Fülle sozialpolitischer Maßnahmen und Sicherungen sei nur die **Sozialhilfe** als letztes Auffangnetz erwähnt, wenn weder Arbeitseinkommen noch Arbeitslosengeld oder -hilfe, Versicherungs- oder Rentenleistungen ausreichend fließen. Das Sozialhilfegesetz verpflichtet die „Träger“ der Sozialhilfe, das sind Kreise, Gemeinden und das Land, zu detailliert festgelegten Hilfen. Ohne Zweifel müssen am Ende eines Jahres sowohl die Träger wissen, wieviel sie warum an wie viele Hilfeempfänger gezahlt haben, als auch die Ressorts, denen die Weiterentwicklung des Sozialhilferechtes obliegt. Ohne diese Informationen könnte man z. B. nicht die Auswirkungen von ins Auge gefaßten Leistungsänderungen abschätzen. Im Hause werden dafür jährlich u. a. knapp 100 000 Zählblätter für Hilfeempfänger verarbeitet. Die Ausgaben sind Gegenstand von Meldungen der Kreise und des Landes, die also ihrerseits schon Statistik gemacht haben, und zwar im Rahmen der Verwaltung von Haushaltsmitteln, was umfassend in der Gemeindefinanzstatistik seinen Niederschlag findet.

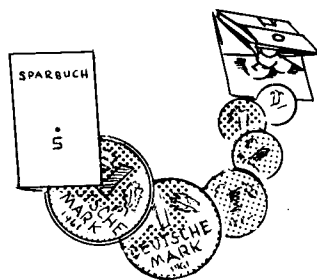


600 Mill. DM wurden 1979 als Sozialhilfe an den Mann gebracht, 200 Mill. DM als Hilfe zum Lebensunterhalt, 400 Mill. DM für Hilfen in besonderen Lebenslagen.



Bevölkerungszensus

Eine **Volkszählung** stellt das größte einheitliche Zählungswerk dar, das die amtliche Statistik zu bewältigen hat. Sie kommt deshalb auch nur etwa alle 10 Jahre, und zwar zugleich in vielen Ländern der Erde. Sie beschäftigt die Statistiker mit ihrer Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung 7 bis 8 Jahre lang, bis die letzte Veröffentlichung erschienen ist. Die für 1981 geplante Volkszählung war mit allen ihren Teilen — Bevölkerungs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung — auf 13 Mill. DM veranschlagt. Zu ihren Superlativen gehören weiter die 6 Mill. Blatt Fragebogen mit ihren 35 t Gewicht, die über 100 Menschen, die in der Spitzenzeit im Statistischen Landesamt zugleich tätig sein müssen, die 30 000 Zähler, die im ganzen Land jeden Haushalt aufsuchen, jedes Gebäude vermerken, jede Arbeitsstätte aufspüren. Es wird ja nicht nur „das Volk gezählt“, wie weiland unter Kaiser Augustus im großen römischen Reich, sondern für jeden Einwohner ferner nach der Tätigkeit, dem Schulabschluß, der Berufsausbildung, dem Weg zur Arbeit und weiterem gefragt; die Wohnung wird mit ihrer Fläche, Miete, Größe und anderem aufgenommen, alle Anstalten und Heime gezählt; die Gebäude werden mit ihrem Alter, ihrer Größe, ihrer Nutzung verzeichnet sowie die Grundstücke, auf denen sie stehen, nebst Angaben über ihre Größe und über die Eigentümer ermittelt; schließlich werden die Arbeitsstätten erhoben mit Angaben zu ihrer Branche, den Beschäftigten, ihren Löhnen und anderem — so jedenfalls der Plan zur anstehenden „VZ 82“. Ob und wann die Legislative ihn Gesetz werden läßt, ist derzeit nicht abzusehen.



Wozu eine solche Riesenerhebung, die so viel kostet? Man muß die Relationen sehen: Wenn Familie Müller für 4 000 DM Urlaub machen möchte, wird sie 2,60 DM für die Fahrt zum Reisebüro, um Prospekte zu holen, nicht scheuen; wenn Vater Müller für 20 000 DM den Dachboden ausbauen will, werden 13 DM für ein Heft einer Fachzeitschrift und einen Messebesuch als bescheiden gelten können. Die sinnvolle Lenkung von Ausgaben kostet Geld! Land und Kommunen geben in Schleswig-Holstein in 10 Jahren Geld in der Größenordnung von

20 Mrd. DM für Anschaffungen aus — das ergibt dasselbe Verhältnis zu den Kosten einer Volkszählung wie bei Familie Müller. Allein eine Volkszählung ist aber imstande, die Basisinformationen und manche Spezialinformation zu liefern, die „Vater“ Staat für sinnvolles Geldausgeben braucht. Sie sind auch Grundlage für die Existenz des Mikrozensus (siehe diesen) wie auch für die Gestaltung anderer statistischer Erhebungen, die man entweder den veränderten Verhältnissen anpassen muß oder die unvorhersehbar eines Tages erforderlich werden.

Aber sind nicht die meisten Fragen der Volkszählung vom Bürger schon irgendwann einmal aus anderem Anlaß beantwortet worden? Warum holt man die gewünschten Informationen nicht bei den Behörden und anderen Stellen zusammen, wo sie vielleicht vorliegen? Man kann zutreffend antworten: Nur bei einer Volkszählung beziehen sich alle Ermittlungen auf einen Zeitpunkt; Daten lassen sich nur zusammenführen, wenn sie gleich abgegrenzt (definiert) sind und sich auf die gleiche Zeit beziehen; Haushalt, Familie und Person erscheinen sonst nirgends in ihren Zusammenhängen.

Die Problematik um eine Volkszählung ist jedoch vielschichtiger. Mindestens drei Seiten, die einander durchdringen, lassen sich trennen:

- Wie kann man die für erforderlich gehaltenen zusammenhängenden Einzeldaten zeitgleich gewinnen? Sammelt man sie besser in einer besonderen Groß-Erhebung oder kann man verstreut bereits vorhandene Datensammlungen „zweitnutzen“, vielleicht nach Anreicherung und Umgestaltung — oder sind Mischformen dazwischen möglich?
- Was kostet jede denkbare Lösung und wie sollen sich die Kosten auf die Haushalte der Gemeinden, der Länder und des Bundes verteilen?
- Was fordert, was erlaubt der Datenschutz, jene Komponente, die seit einigen Jahren zunehmend in das Bewußtsein aller Beteiligten vom gehörigen Zustand zwischen Bürger und Staat eindringt?

Allein die Volkszählung erbringt Daten über **Familien, Haushalte** und die Kombination der verschiedenen, zugleich erhobenen Tatbestände zu sehr vielen, sonst verborgenen Merkmalskomplexen, schließlich alles dies für **kleine Räume**, also Gemeinden, Gemeindeteile, Straßen.



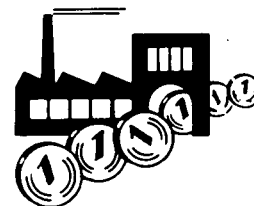
Zensus = statistische Erhebung kommt von lat. censere, beurteilen, einschätzen, Stamm eines umfangreichen Wortfeldes und einer vielfältigen Wort- und Bedeutungsgeschichte. Vom Bibeltext „daß jedermann sich schätzen ließe“ über die römischen Zensoren (öffentl. Schätzer), das „ceterum censeo“ des Cato, die Zensur in der Schule und die von manchen Staaten ausgeübte Zensur zum anglo-amerikanischen census, der nach dem 2. Weltkrieg mit seiner anfangs genannten Bedeutung zu uns kam.

Flächenstichprobe — eine Methode der Repräsentativ-Statistik. Im Mikrozensus bewirkt sie, daß immer nahe beieinander liegende Haushalte einen „Klumpen“ bilden und deshalb von einem Interviewer ohne allzu großen Wegeaufwand aufgesucht werden können.

Auch zwischen zwei Volkszählungen muß man aktuelle Zahlen über die Bevölkerung in ihrer räumlichen Verteilung, Alterszusammensetzung, Erwerbstätigkeit usw. haben. Zum Teil liefert die Bevölkerungsfortschreibung solche Daten. Weiteres aber erbringt der **Mikrozensus**, nach Wort und Inhalt eine „kleine Volkszählung“. Beispiel einer repräsentativen Stichprobenerhebung: jeder 100. Haushalt wird befragt (für manche besonderen und jährlich wechselnden Erhebungsteile auch nur jeder 200. oder 400.) und von diesem Teilkollektiv jedes Jahr ein Viertel ausgetauscht, also entlassen und durch gleich viele neue Haushalte ersetzt, um sowohl die Kontinuität und Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu wahren als auch die Belastung der befragten Haushalte zu begrenzen.

Für die Auswahl des einen Prozents aller Haushalte hat man aus praktischen Gründen auf Zählbezirke der letzten Volkszählung zurückgegriffen und jeden 100. Zählbezirk herausgezogen. Gut 300 Interviewer suchen im Mai ihre Zählbezirke auf. Den 20 bis 30 Haushalten ihres Bezirks stellen und erklären sie die Fragen — unter denen einige jährlich wechseln, um Ergebnisse nicht nur kontinuierlich zu Standardaussagen, sondern auch zu neuen Themen vorlegen zu können — und tragen die Antworten in Erhebungslisten ein. Nur mit Hilfe geschulter Interviewer können kompliziertere Fragen gestellt und dennoch befriedigende Antworten erzielt werden.

Finanzen, Steuern, produzierendes Gewerbe, Umweltschutz, Bautätigkeit



Öffentliche Finanzen

Der Staat verbraucht rund ein Fünftel des Sozialprodukts. Ob dies zu viel oder zu wenig ist, wird je nach Standpunkt des Betrachters unterschiedlich beurteilt. Dem Steuerzahler kann es zu viel sein und dem Sozialhilfeempfänger zu wenig. Es ist Aufgabe der Parlamente, hier einen Mittelweg zu finden. Als Entscheidungshilfe benötigen sie Angaben darüber, aus welchen Quellen die Einnahmen fließen und wofür sie verwendet werden. In erster Linie ist dazu die **Jahresrechnungsstatistik** geeignet. Das Land, die Gemeinden, Ämter und Kreise haben nach Abschluß eines Jahres über ihre Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen und diese Angaben dem Statistischen Landesamt mitzuteilen.

Bis Mitte der 70er Jahre geschah dies ausschließlich mit Hilfe von besonderen Erhebungsbogen, die die kommunalen Gebietskörperschaften anhand ihrer Jahresrechnung auszufüllen hatten. Im finanzstatistischen Dezernat wurden die Daten nach sachlicher und rechnerischer Prüfung mit Buchungsautomaten zu Landesergebnissen konzentriert. Nachdem die EDV auch in den Kommunalverwaltungen Einzug gehalten hat, wurde das Aufbereitungsverfahren im Statistischen Landesamt dieser Entwicklung angepaßt. Über die Hälfte der Kommunen übersendet heute Magnetbänder mit den Daten, die sowieso bei der Aufstellung ihrer Jahresrechnung anfallen, und nur noch knapp die Hälfte füllt weiterhin Erhebungsbogen aus. Die Daten der Kommunen werden nach einem bundeseinheitlichen maschinellen Verfahren, einem sogenannten Verbundprogramm, im Statistischen Landesamt, die des Landes vom Finanzministerium aufbereitet. Die Veröffentlichung in Form eines Statistischen Berichtes besorgt das Statistische Landesamt. Hier wird die Einnahmen- und Ausgabenstruktur des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände in tiefer Gliederung dargestellt. So ist nicht nur abzulesen,

Verbundprogramm?

Die durch Bundesgesetz angeordneten Statistiken werden in der Regel von allen statistischen Landesämtern nach einem einheitlichen maschinellen Verfahren aufbereitet. Die meist sehr aufwendigen Programme werden nicht von jedem Landesamt selbst, sondern von einem Landesamt für alle erstellt.

Die Kommunen tätigen drei Viertel der öffentlichen Investitionen.

wieviel z. B. die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erbringt, sondern auch, wieviel die Hundebesitzer zum kommunalen Etat beitragen oder was das Land im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erhält. Die Ausgabenseite zeigt neben den Arten, wie Personalausgaben und Bauinvestitionen, auch die Verwaltungszweige, wie Schulen, Krankenhäuser oder Straßen, nach dem bundeseinheitlichen System auf. Es ist also möglich, Aussagen darüber zu machen, wieviel die öffentliche Hand für Schulen ausgibt, was davon für Personal oder Baumaßnahmen verwendet wird und ob das Land oder die Kommunen diese Ausgaben tätigen.

Fast 190 000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein.

Rund vier Zehntel der Ausgaben des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die Personalausgaben benötigt. Bei Ausgaben dieser Größenordnung ist es unabdingbar, detaillierte Unterlagen über die Zusammensetzung des Personals zu haben, um den Bedarf planen und z. B. errechnen zu können, wieviel eine Lohn- und Gehaltserhöhung an Mehrausgaben erfordert. Als Ergänzung zur Jahresrechnung wird deshalb der **Personalstand im öffentlichen Dienst** einmal jährlich am 30. Juni erhoben. Das Personal des Landes wird fast ganz mit Hilfe der Unterlagen des Landesbesoldungsamtes erfaßt, das kommunale Personal mit Erhebungsbogen erfragt und das Personal des Bundes vom Statistischen Bundesamt erhoben. Hierbei wird das Dienstverhältnis, jedes 3. Jahr zusätzlich die Laufbahngruppe, Einstufung, Aufgabenbereich und das Geschlecht und alle 9 Jahre zusätzlich das Alter ermittelt.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist bei allen Haushaltsdebatten ein heißes Thema. Die Statistik über den **Schuldenstand** gibt Auskunft darüber, wie hoch das Land und die Kommunen verschuldet sind, wie hoch die Neuaufnahme und die Tilgung ist und bei wem die Darlehen aufgenommen worden sind.

Während die vorgenannten Statistiken mehr der strukturellen Untersuchung dienen, ist die **vierteljährliche Kassenstatistik** ein Instrument der zeitnahen Konjunkturbeobachtung, für die vor allem die Steuereinnahmen eine Rolle spielen. Sie basiert auf den Einnahmen

und Ausgaben der Kassen des Landes und der Kommunen. Die Steuerdaten werden zusätzlich für den sogenannten **Realsteuervergleich** verwendet. Dieser gibt einmal Auskunft über die unterschiedlichen Realsteuerhebesätze der Gemeinden und zum anderen, indem man den Faktor „Hebesatz“ rechnerisch neutralisiert, über ihre Steuerkraft.

Die angeführten Erhebungen sind Bundesstatistiken, die als Rechtsgrundlage das finanzstatistische Gesetz haben. Außerdem führt das Amt im Bereich der öffentlichen Finanzen Verwaltungsaufgaben durch, die durch Landesrecht angeordnet sind. Dazu gehören die Berechnungen für den kommunalen Finanzausgleich, die Gewerbesteuerumlage und den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Hier werden Daten verwendet, die im Statistischen Landesamt für andere Statistiken erhoben werden. Für den **Finanzausgleich** werden die Berechnungsgrundlagen anhand der Angaben zur Vierteljahresstatistik erstellt, und nach den Vorgaben der Kommunalabteilung des Innenministeriums werden die Schlüsselzuweisungen berechnet. Nach dem **Gemeindefinanzreformgesetz** erhalten die Gemeinden einen Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer und zahlen eine Gewerbesteuerumlage. Der Gemeindeanteil richtet sich nach dem örtlichen Aufkommen und wird alle drei Jahre auf Grundlage der Lohn- und Einkommensteuerstatistik schlüsselmäßig festgelegt. Die Gewerbesteuerumlage ist vierteljährlich dem Statistischen Landesamt zu melden, das beide Faktoren und den Saldo berechnet.



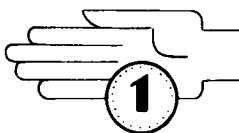
Steuerstatistiken

Welche Auswirkungen haben Tarifänderungen auf das Einkommen des Einzelnen und die Einnahmen des Staates? Ist die Kaufkraft in einer Region so groß, daß es sich lohnt, einen neuen Supermarkt zu eröffnen? Wird das Steueraufkommen hoch genug sein, um neue Investitionen in Angriff zu nehmen? Ist es für eine Gemeinde einträglicher, ein neues Wohngebiet auszuweisen oder einen Gewerbe-

betrieb anzusiedeln? Für diese und andere Fragen liefern die Steuerstatistiken das Basismaterial.

Im Vordergrund stehen dabei die Statistiken über die **Steuern vom Einkommen**. Hier wie bei allen anderen Steuerstatistiken stammen die Daten aus den für die Steuerveranlagung nötigen Arbeitsvorgängen der Finanzämter. Der Nachteil, daß die Ergebnisse erst ziemlich spät zur Verfügung stehen, wird durch die Vorteile aufgewogen, daß die Steuerpflichtigen nicht selbst befragt werden müssen und daß die Auswertung dadurch billiger wird. Selbstverständlich sind auch hier die Daten anonymisiert, d. h. der einzelne Steuerpflichtige ist nicht erkennbar. Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik gibt nicht nur Auskunft über die Schichtung der Bruttolöhne und Einkommen, die Anteile der Einkunftsarten und die steuerliche Belastung, sondern wird auch für die Steuerverteilung auf Länder und Gemeinden verwendet. Das ist einmal die schon erwähnte Berechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und zum anderen die Verteilung der von den Arbeitgebern an die Betriebsfinanzämter abgeführten Lohnsteuer auf die Wohnsitzländer der Arbeitnehmer (Lohnsteuerzerlegung).

Über eine Million Fälle werden bei der Lohn- und Einkommensteuerstatistik im Statistischen Landesamt aufbereitet.



Die **Umsatzsteuerstatistik** ist eine zeitnahe Steuerstatistik, weil sie auf den Steuervoranmeldungen der Steuerpflichtigen basiert und nicht von dem langwierigen Ergebnis der Veranlagung abhängt. Sie liefert in tiefer wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung wertvolle Hinweise über die Wirtschaftskraft von Gemeinden, Kreisen und Gewerbebezügen und ist eine wesentliche Quelle der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Auch die Statistiken über die **Einheitswerte** des gewerblichen Betriebsvermögens, des Grundvermögens und des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens werden zu den Steuerstatistiken gezählt, weil die Einheitswerte für verschiedene Steuern die Berechnungsgrundlage darstellen. Mit ihren Ergebnissen sind Analysen der Struktur des Volksvermögens möglich. Die Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens liefern darüber hinaus wichtige Erkenntnisse über die Kapitalausstattung der einzelnen Branchen der gewerblichen Wirtschaft.

Wahlen

Am Wahlabend, wenn der Bürger am Bildschirm sitzt und mit Spannung die Wechselbäder der Hochrechnungen verfolgt und endlich gegen Mitternacht das amtliche Endergebnis erfährt, arbeitet das Statistische Landesamt als Rechenzentrum für den Landeswahlleiter. Dort gehen die Meldungen der Wahlkreise ein. Sie werden zum Landesergebnis kumuliert und bei Europa- und Bundestagswahlen dem Bundeswahlleiter übermittelt. Bei Landtagswahlen wird außerdem die Sitzverteilung berechnet. Die Ergebnisse werden sofort nach der Aufbereitung der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen bekanntgemacht. Darin ist nichts „hochgerechnet“. Sie fassen vielmehr die in beinahe 3 000 Wahlbezirken unter den Augen der kritischen Öffentlichkeit durchgeführten Auszählungen der Stimmzettel zusammen. Haben die Wahlausschüsse später die endgültigen Ergebnisse festgestellt, so wird ein Bericht herausgegeben, der die Wahlergebnisse für alle Gemeinden, politischen Kreise und Wahlkreise darstellt. Damit liegen umfassende Daten für Wahlanalysen vor.

„Das Wahlinteresse der jungen Wahlberechtigten ist geringer als das der älteren“ oder „Die älteren Frauen bevorzugen die CDU“ — diese und ähnliche Aussagen stehen häufig in Wahlanalysen. Worauf fußen diese Feststellungen? Sie sind nicht Ergebnisse von Befragungen der Wahlberechtigten, sondern der sogenannten repräsentativen Wahlstatistik. In stichprobengerecht ausgewählten Wahlbezirken wird die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht ermittelt. Die Wahlbezirke sind so groß, daß das Wahlgeheimnis nicht gefährdet wird.

Die Wahlbeteiligung wird anhand der Wählerverzeichnisse festgestellt, indem die Stimmabgabevermerke ausgezählt werden. Um die Stimmabgabe auswerten zu können, werden Stimmzettel mit den Unterscheidungsmerkmalen Mann/Frau und fünf verschiedenen Altersgruppen verwendet. Diese werden im Statistischen Landesamt zum Landesergebnis zusammengefaßt und nur dieses wird veröffentlicht.

Ablauf einer Landtagswahl-Nacht:

18.15 läuft das erste Gemeindeergebnis ein

18.45 meldet die erste große Gemeinde

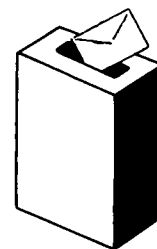
20.30 steht das erste Wahlkreisergebnis

22.00 liegt die Hälfte der Wahlkreise vor

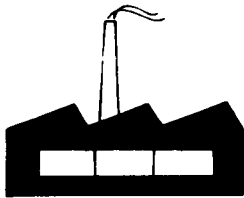
23.30 berichtet der letzte Wahlkreis

23.40 wird das Landesergebnis veröffentlicht

*23.45 gibt der Landeswahlleiter die
Sitzverteilung bekannt.*



Von den Werten, die die Volkswirtschaft 1979 in Schleswig-Holstein geschaffen hat, entfielen 37 % auf das produzierende Gewerbe.



In den größeren Betrieben des verarbeitenden Gewerbes waren am 30.9.1980 fast 186 000 Personen beschäftigt. Die größten Anteile stellen:

| | |
|-------------------------------------|------|
| Maschinenbau | 17 % |
| Nahrungs- und Genußmittelgewerbe | 14 % |
| Elektrotechnik | 11 % |
| Schiffbau | 8 % |

Produzierendes Gewerbe

In den letzten dreißig Jahren hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine stürmische Wirtschaftsentwicklung vollzogen, die ohne eine laufende Konjunkturbeobachtung sicher nicht möglich gewesen wäre. Der Aufschwung ist nicht zuletzt die Folge zahlreicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen gewesen. Wenn auch Schleswig-Holstein stärker agrarisch orientiert ist als andere Länder des Bundesgebiets, so ist trotzdem das produzierende Gewerbe, das sich aus der verarbeitenden Industrie und dem verarbeitenden Handwerk, dem Baugewerbe sowie der Energiewirtschaft und Wasserversorgung zusammensetzt, gemessen an der Wertschöpfung der bedeutendste Wirtschaftssektor in unserem Lande.

Die Förderung und Weiterentwicklung dieses für die Allgemeinheit so wichtigen Bereichs ist eine der vordringlichen Aufgaben der politischen Instanzen des Landes. Um das wirtschaftliche Geschehen gezielt beeinflussen zu können (z. B. durch Förderung der Neuansiedlung von Betrieben und finanzielle Unterstützung von bestehenden Betrieben aus öffentlichen Mitteln), benötigen die staatlichen Stellen aktuelles Zahlenmaterial aus dem produzierenden Gewerbe. Ja man kann sagen, ohne zeitnahes Zahlenmaterial ist es dem Staat nicht möglich, sinnvolle Wirtschaftspolitik zu betreiben und somit eine seiner wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. Aber nicht nur der Staat, sondern auch die Verbände und privaten Unternehmer können sich an den Ergebnissen der Statistik des produzierenden Gewerbes orientieren, wenn sie beispielsweise für neue Lohnverhandlungen die Entwicklung der bisher gezahlten Löhne und Gehälter oder die Umsatzveränderung in einer bestimmten Branche im Zeitablauf kurzfristig verfolgen wollen. Nicht vergessen werden sollen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, wie das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, denen diese Statistiken unentbehrliches Basismaterial liefern.

Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten und der Umsatz in den Branchen des produzierenden Gewerbes entwickelt? Haben sich die

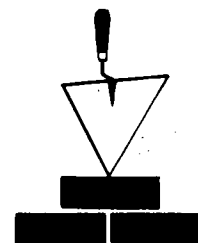
Ölpreise auf den Energieverbrauch ausgewirkt? Signalisiert der Auftragsengang ein Nachlassen der Konjunktur? Welche Waren werden in Schleswig-Holstein produziert? Diese und andere Fragen können mit dem sogenannten **Monatsbericht** beantwortet werden. Die erforderlichen Daten werden von den größeren Betrieben im verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe jeden Monat erfragt. Sie dienen der kurzfristigen Beobachtung des wirtschaftlichen Geschehens in Schleswig-Holstein.

Ein wichtiger Indikator für die Wirtschaft sind die Investitionen. Von ihrer Höhe hängt maßgeblich die weitere Entwicklung ab. Die entsprechenden Angaben liefert die einmal im Jahr durchzuführende **Investitionserhebung**. Sie ermittelt vor allem die Zugänge an Sachanlagen und die Veränderungen der Lagerbestände innerhalb eines Geschäftsjahres. Ihre Ergebnisse werden außerdem für die Berechnung des Brutto-Produktionswertes verwendet.

Für Strukturuntersuchungen des produzierenden Gewerbes in tiefer branchenmäßiger und regionaler Gliederung reichen diese Erhebungen nicht aus. Dazu sind umfassendere Erhebungen erforderlich, die aber, da sie sehr aufwendig sind und weil die strukturellen Veränderungen sich eher mittel- oder langfristig vollziehen, nur in größeren Zeitabständen durchgeführt werden. Solche Strukturdaten liefert alle sechs Jahre der **Zensus im produzierenden Gewerbe**. Darüber hinaus wird er für die Ermittlung der Wertschöpfung in den einzelnen Branchen des produzierenden Gewerbes verwendet, die als Basis für den Index der Nettoproduktion und für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt werden.

Hat das Handwerk noch einen „goldenen Boden“? In welchen Wirtschaftszweigen liegt der Schwerpunkt der handwerklichen Tätigkeit? Gibt es eine Tendenz in Richtung Großbetrieb oder herrschen die Kleinbetriebe vor? Die laufenden Statistiken im produzierenden Gewerbe können darüber keine Auskunft geben, da nur die größeren Betriebe enthalten sind und das Handwerk meist nicht gesondert nachgewiesen wird. Die in mehrjährigen Abständen durchgeführte

Von drei Flaschen Rum, die in der Bundesrepublik erzeugt werden, kommen zwei aus Schleswig-Holstein.



Der Index der Nettoproduktion zeigt die Veränderung der Produktionsmenge unter Ausschluß der Preisentwicklung und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen im Vergleich zur im Monatsdurchschnitt des Ausgangsjahres erzeugten Gütermenge. Das Wägungsschema beruht auf dem Nettoproduktionswert (Bruttoproduktionswert minus Materialverbrauch).



Organisationen ohne Erwerbszweck sind beispielsweise:

Kirchen
Deutsches Rotes Kreuz
Gewerkschaften
Arbeitgeberverbände
Politische Parteien

Handwerkszählung erfaßt alle in der Handwerksrolle eingetragenen Betriebe, also auch solche außerhalb des produzierenden Gewerbes. Sie ermöglicht eine in sich geschlossene Darstellung der Struktur aller Handwerksbetriebe. In den zwischen den Handwerkszählungen liegenden Jahren werden die Beschäftigtenzahlen und die Umsätze mit der **vierteljährlichen Handwerksberichterstattung** in Form einer Stichprobe fortgeschrieben. Da die Stichprobe recht klein ist, werden die Veränderungen als Meßziffern und nicht als absolute Werte dargestellt. Die Basis für die Stichprobe ist die jeweilige Handwerkszählung.

Die Statistiken im produzierenden Gewerbe liefern Daten über Betriebe, Umsätze und Beschäftigte zwar für einen bedeutenden Wirtschaftsbereich, aber nicht für alle. Ein Gesamtbild ist aber sowohl für Landes-, Kreis- und Gemeindeplaner als auch für Unternehmer unerlässlich. Nur mit Daten, die alle Wirtschaftsbereiche abdecken und die vergleichbar sind, läßt sich erkennen, ob die Wirtschaftsstruktur einer Gemeinde oder eines Kreises einseitig auf einen Wirtschaftszweig ausgerichtet und damit krisenanfällig ist. Diese Erfordernisse erfüllt die **Arbeitsstättenzählung**, die in der Regel alle zehn Jahre stattfindet. Sie erfaßt zu einem bestimmten Stichtag die Arbeitsstätten aller Wirtschaftsbereiche mit den Beschäftigten sowie Löhne und Gehälter. Ausgenommen sind nur die landwirtschaftlichen Betriebe, die gesondert gezählt werden. Es liegen also nicht nur für den gewerblichen Sektor, sondern auch für freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und Gebietskörperschaften vergleichbare Daten vor. Die letzte Zählung war 1970. Die für 1981 geplante Zählung ist bisher daran gescheitert, daß es keine Einigung zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung der Kosten der Erhebung gegeben hat. Das erforderliche Gesetz ist deshalb nicht zustande gekommen.

Bauen und Wohnen

Die Statistiken des produzierenden Gewerbes setzen beim Betrieb an und liefern angebotsorientierte Daten zum Baugeschehen. Über die

Nachfrage nach Bauleistungen steht mit der **Statistik der Baugenehmigungen** ein für die Gütermärkte einzigartiger Frühindikator zur Verfügung. Diese Daten werden von den Bauherren, den Gemeinden und den Baubehörden geliefert und ermöglichen es, die Entwicklung der Bautätigkeit nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht zu beobachten. Neben dem Beschäftigungsaspekt sind Art und Umfang der Bauproduktion wegen der unmittelbaren und nachhaltigen Einwirkung auf den menschlichen Lebensbereich von erheblichem öffentlichen Interesse. Die Genehmigungsfälle unterliegen deshalb auch der weiteren Beobachtung bis zu ihrem Fertigstellungszeitpunkt, damit die Veränderungen des Gebäude- und Wohnungsbestandes zeitgerecht in sachlicher und regionaler Tiefengliederung dargestellt und die Ergebnisse der etwa alle zehn Jahre stattfindenden Gebäude- und Wohnungszählungen fortgeschrieben werden können. Die Reform der Bautätigkeitsstatistiken 1978 brachte darüber hinaus die in der amtlichen Statistik unübliche gesetzliche Möglichkeit, der kommunalen Ebene für bestimmte Zwecke der Ortsplanung Einzelangaben zur Verfügung zu stellen.



Über die **Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau** ist eine gesonderte Statistik zu führen. Sie berichtet über das Förderungsvolumen nicht nur im „traditionellen“ öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau, sondern auch im zweiten Förderungsweg, der in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Auch die als Miet- oder Lastenzuschuß an die privaten Haushalte unmittelbar geleisteten Wohngeldzahlungen werden anonymisiert und statistisch aufbereitet.

Das statistische Bild der Gebäude und Wohnungen wird in Abständen von etwa 7 Jahren durch Repräsentativerhebungen über die Wohnverhältnisse der privaten Haushalte abgerundet: Die **Wohnungsstichproben** liefern nicht nur Daten zur Gebäudesubstanz, sondern vor allem auch zur Belegung, Ausstattung, Miete und neuerdings auch zum Umfeld der Wohnungen.

Nach dem zweiten Förderungsweg werden im Rahmen des steuerbegünstigten Wohnungsbaues Vorhaben von Bauherren gefördert, deren Einkommen die für den sozialen Wohnungsbau festgelegte Grenze um nicht mehr als 40 % übersteigen oder die eine Sozialwohnung freimachen. Hauptsächlich werden dabei Bauvorhaben in regionalen Schwerpunkten gefördert (Eigentumsprogramm).

Umweltstatistiken

Als im vorigen Jahrzehnt ökologische Aspekte in der Betrachtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung einen immer breiteren Raum einnahmen, wurde der Mangel an entsprechenden Daten sehr bald deutlich. Zwar gab es naturwissenschaftlich ermittelte Meßwerte zur Belastungssituation unserer Umwelt, aber erst mit dem Umweltstatistikgesetz von 1974 wurde die nötige Brücke zu den Wirtschaftsstatistiken geschlagen: Seit 1975 werden von den Betrieben des produzierenden Gewerbes Art, Menge und Beseitigung der Abfälle sowie, in tieferer Gliederung als vorher, Wasserversorgung, -verwendung und Abwasserbeseitigung erfragt. Damit wurden nicht nur die Aussagen über Volumen und Schädlichkeit der gewerblichen Abfälle und Abwässer verbessert, sondern es ist möglich, der Güterproduktion die Beeinträchtigung natürlicher Ressourcen unmittelbar gegenüberzustellen. Mit der erweiterten Erfassung der Investitionen des produzierenden Gewerbes für den Umweltschutz sollen aber auch die Anstrengungen der Betriebe sichtbar gemacht werden, negative externe Effekte für die Umwelt zu verhindern. Den Betrieben werden also seit 1975 vermehrt auch Daten abgefordert, die nicht ihrem Rechnungswesen zu entnehmen sind und deshalb zum Teil geschätzt werden müssen.

| Anschluß an Sammelkanalisation (Einwohner in 1 000) | | |
|--|-------|-------|
| 1963 | 1969 | 1975 |
| 1 303 | 1 503 | 1 827 |
| darunter mit biologischer Klärung | | |
| 44 % | 64 % | 93 % |



Seit 1975 werden auch die Daten der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kürzerfristig und mit aktualisiertem Merkmalskatalog erhoben. Ziel der wasserorientierten Umweltstatistiken ist es, die Vorfluterbelastung durch Einleitungen der Gewerbebetriebe und der kommunalen Abwassersysteme möglichst geschlossen und in regionaler Gliederung — u. a. nach Wassereinzugsgebieten — darzustellen. Daten über Abwassereinleitungen und Wasserentnahmen in derselben Region können bilanzähnlich verknüpft werden.

Auf dem Gebiete der Abfallbeseitigung gibt es ebenfalls Verzahnungen der betrieblichen Daten mit denen, die die öffentlichen Abfall-

beseitigungsanlagen und die Abfalltransporteure liefern, so daß neben der Entsorgungssituation der Kreise und Gemeinden auch Anfuhrgebiete und Auslastung der Anlagen sichtbar werden. Das Umweltstatistikgesetz ordnet daneben u. a. Erhebungen über Unfälle beim Transport oder bei der Lagerung wassergefährdender Stoffe an. Hier zeigt sich eindrucksvoll, wie das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik von aktuellen gesellschaftlichen Problemen geprägt ist.

Erste Erfahrungen mit den Umweltstatistiken haben gezeigt, daß es einer langen Anlaufphase bedurfte, um für diese den statistischen Erhebungen nur schwer zugängliche Materie die erforderlichen Angaben zu ermitteln. Eine Neufassung des Gesetzes über Umweltstatistiken 1980 brachte durch Verzicht auf einige für das Ergebnis unbedeutende Randbereiche der Betriebserhebungen und vor allem durch gleichmäßigere Verteilung der Statistiken auf die Erhebungsjahre einige Verbesserungen. Da das Umweltbewußtsein weiter zunimmt und die Betriebe in vielen Fällen besondere Beauftragte für Abfall- und Abwasserprobleme benannt haben, ist mit weiterer Verbesserung der statistischen Ergebnisqualität zu rechnen.

Abfallmengen (1977)

| | |
|--------------------------------------|--------------------|
| Haushalte | 1 Mill. t |
| Wirtschaft | 1,6 Mill. t |
| Bodenaushub und Bauschutt | 5 Mill. t |





Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Verwaltung, zentrale Dienste

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Wie wächst die Wirtschaft? Wie entwickelt sich die Produktivität? Wie hoch ist der Staatsverbrauch? Wie verändert sich die Wirtschaftsstruktur? Welche Einkommen und welche Kaufkraft stehen den privaten Haushalten zur Verfügung? In fast jeder Tageszeitung, nicht nur im Wirtschaftsteil, und in vielen politischen Auseinandersetzungen findet man ständig Begriffe wie Sozialprodukt und Volkseinkommen. Fast alle statistischen Zahlen, deren Gewinnung in den vorangegangenen Abschnitten geschildert wurde, werden in diesen Berechnungen genutzt und helfen, das systematisch gestaltete Gesamtbild einer Wirtschaft zu zeichnen. Man muß kein gelernter Volkswirt sein, um mit den Werten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umgehen zu können, aber über einige Zusammenhänge und über die Begriffe sollte man Klarheit haben.

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind ein Instrument, das mit makroökonomischen Größen arbeitet. Güterproduktion und Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen geschieht in vielen arbeitsteiligen und komplizierten Produktionsprozessen. Für den einzelnen Menschen, für politisch Verantwortliche ist es fast unmöglich, einen Überblick über diese Vielzahl von Aktivitäten zu gewinnen. Es ist erforderlich, alle im Wirtschaftsprozess vorkommenden Transaktionen (mikroökonomische Größen) sinnvoll zusammenzufassen (makroökonomische Aggregate), um ein überschaubares Gesamtbild zu schaffen.

Unter der methodischen Lenkung einer modernen volkswirtschaftlichen Theorie wurden seit den 50er Jahren im amtlichen statistischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt. Das umfangreichste und am stärksten gegliederte System mit einer Vielzahl von Konten und

Wichtigste Größen in den Berechnungen der Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts:

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Bruttoinlandsprodukt

Bruttosozialprodukt

Volkseinkommen

Privater Verbrauch

Staatsverbrauch

Anlageinvestitionen

Einkommen aus unselbständiger Arbeit

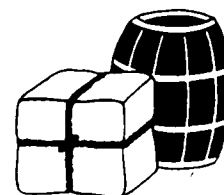
**Einkommen aus Unternehmertätigkeit
und Vermögen**

Standardtabellen berechnet jährlich das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Aber auch die Statistischen Landesämter berechnen ein geschlossenes System, die Dreiseitenrechnung, das die Entstehung des Sozialprodukts, seine Verwendung sowie seine Verteilung und Umverteilung nachweist.

In allen Bundesländern wird einheitlich nach den in einem besonderen Arbeitskreis entwickelten Begriffen und Methoden gerechnet. Diese umfangreiche und nicht einfache Aufgabe wird dadurch bewältigt, daß sich jedes Landesamt auf bestimmte Teilgebiete spezialisiert und sie für alle bearbeitet.

Entstehungsrechnung (alle Zahlen für 1976)

| | Mrd.DM | |
|--|-------------|---|
| Produktionswert | 105,2 | <i>Innerhalb des Landes erbrachte</i> |
| minus Vorleistungen | − 66,7 | <i>Leistung (Güter und Dienstleistungen) der Wirtschaftsbereiche (Unternehmen und Staat)</i> |
| Bruttowertschöpfung | 38,5 | |
| plus Einfuhrabgaben | + 1,0 | <i>Leistung innerhalb des Landes, ohne Rücksicht darauf, ob von Einwohnern Schleswig-Holsteins oder anderen (Einpendlern) erbracht</i> |
| Bruttoinlandsprodukt | 39,5 | |
| plus Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt | + 3,5 | <i>ca. 120 000 Schleswig-Holsteiner arbeiten außerhalb des Landes, ca. 20 000 Nicht-Schleswig-Holsteiner (hauptsächlich Hamburger) im Land, Saldo + 100 000</i> |
| Bruttosozialprodukt (Inländer) | 43,1 | <i>von Schleswig-Holsteinern erbrachte, in Geld bewertete Leistung (im Inland und außerhalb des Landes)</i> |



Wenn der Wirtschaftsminister unseres Landes in seinem Jahresbericht die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins beschreibt, greift er auf Werte der Entstehungsrechnung zurück. Maßgröße für das regionale Wachstum ist das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen; dabei ist ein weiterer Anhaltspunkt der Vergleich mit den anderen Bundesländern und dem Bundesgebiet insgesamt. Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche gibt kurzfristig Hinweise auf Wachstumsbranchen und langfristig auf Veränderungen der Wirtschaftsstruktur.

Verwendungsrechnung

Wofür verwenden die Inländer ihr Sozialprodukt?

Mrd.DM

| | |
|---------------------------|--------|
| Privater Verbrauch | 25,1 |
| plus Staatsverbrauch | + 12,4 |
| plus Anlageinvestitionen | + 9,1 |
| minus Vorratsveränderung, | - 3,5 |
| Außenbeitrag | |

| | |
|--|-------------|
| Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen | 43,1 |
| minus Abschreibungen | - 4,5 |

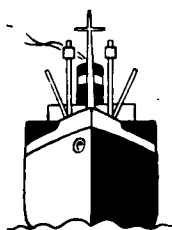
Das Sozialprodukt wird brutto oder netto, zu Marktpreisen oder Faktorkosten berechnet.

| | |
|--|-------------|
| Nettosozialprodukt zu Marktpreisen | 38,5 |
| minus indirekte Steuern abzüglich Subventionen | - 3,7 |

Bei den Nettowerten sind die Bruttowerte um die Abschreibungen vermindert,

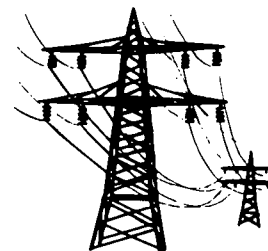
| | |
|--|-------------|
| Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) | 34,8 |
|--|-------------|

bei der Berechnung zu Faktorkosten werden die Marktpreise vom Einfluß durch indirekte Steuern und Subventionen befreit.



Die gewichtigste Komponente der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist der private Verbrauch. Die privaten Haushalte beeinflussen mit ihrer „Konsumieren oder Sparen“-Entscheidung

sehr wesentlich das wirtschaftliche Wachstum. Aus der Verwendungsrechnung kann weiter entnommen werden, welche Impulse im Zeitvergleich von der Investitionstätigkeit von Wirtschaft und Staat ausgehen und wie der Staat über seinen Verbrauch das Wirtschaftswachstum beeinflusst.



Verteilungsrechnung

| | Mrd.DM |
|---|-------------|
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit | 24,5 |
| plus Unternehmertätigkeit und Vermögen | + 10,4 |
| Volkseinkommen | 34,8 |

Wie verteilt sich das Volkseinkommen auf Löhne und Gehälter und auf Gewinne und Vermögenserträge?

Die Verteilungsrechnung weist nach, wie sich das Volkseinkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Sie gibt also u. a. wichtige Anhaltspunkte, wenn sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu Lohnverhandlungen zusammensetzen.

Im Rechenverfahren der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird versucht, einerseits den Wünschen nach Aktualität möglichst gerecht zu werden und andererseits durch Einarbeitung aller durch statistische Erhebungen zusammengetragenen wirtschaftlichen Daten einen hohen Grad der Genauigkeit zu erreichen. Der Wunsch nach Aktualität — gleich nach Jahresablauf werden Zahlen erwartet — konkurriert mit dem Bestreben nach Genauigkeit. Deshalb wurde das Rechenverfahren in mehrere Abschnitte zerlegt. So gibt es eine Schnellberechnung zu einem Zeitpunkt, wenn die erforderlichen statistischen Daten noch nicht für alle Monate des abgelaufenen Jahres verfügbar sind. Danach folgen weitere Berechnungen von vorläufigen Ergebnissen und nach vielschichtigen Abstimmungen, lange Zeit nach dem Berichtsjahr, schließlich endgültige Ergebnisse.

Verwaltung



Wenn sich auch unsere Arbeit im wesentlichen auf die Spezialaufgabe „Statistik“ konzentriert, so gibt es selbstverständlich in unserem Amt auch Verwaltungsvorgänge zu erledigen, die sich um das Wohl unserer Mitarbeiter, den Etat oder um das Haus drehen. Auch Rechtsfragen, die allerdings wiederum eng zur Statistik gehören, sind zu beantworten, zum Beispiel ob eine Firma auskunftspflichtig ist, wie eine Auskunftsverweigerung zu behandeln ist oder welche Stellungnahme zu einem neuen Gesetz abzugeben ist. Schließlich gehört es auch zu unserem Alltag, daß riesige Mengen von Drucksachen unser Haus verlassen (Veröffentlichungen und Erhebungsunterlagen auf dem „Hinweg“), aber auch hier ankommen (Fragebogen auf dem „Rückweg“).

Zentrale Dienste

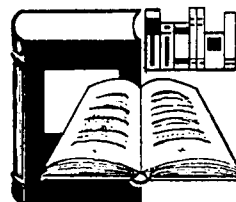
Die Ergebnisse der Arbeiten des Statistischen Landesamtes werden dem Statistischen Bundesamt und den zuständigen Ministerien des Landes und Bundes zugeleitet sowie in vielfältiger Form veröffentlicht. Statistisches Jahrbuch (Auflage: 900), Statistisches Taschenbuch (3 500) und Statistische Monatshefte (750) vermitteln, jeweils für alle Fachgebiete, die wichtigsten Daten für den allgemeinen Bedarf. Hinzu kommen fachübergreifende Sonderveröffentlichungen wie „Beiträge zur historischen Statistik“ (vergriffen), „Historisches Gemeindeverzeichnis“ und „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung Schleswig-Holsteins“.

Die Ergebnisse der einzelnen Fachstatistiken erscheinen daneben in rund 200 „Statistischen Berichten“ mit unterschiedlicher Erscheinungsfolge (monatlich bis mehrjährig). Zur Zeit haben wir eine laufende Gesamtauflage von über 80 000 Exemplaren im Jahr, die sich noch erhöht um die Statistischen Berichte über die einmaligen Erhebungen. Neben diesem Faktenstrom in die Öffentlichkeit gibt es täglich Kontakte zwischen den Mitarbeitern und

der Bevölkerung, Vertretern der Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik durch persönliche, telefonische und schriftliche Auskünfte. Nicht selten muß dabei der Statistiker, bevor er antworten kann, bei der Fragestellung Formulierungshilfe leisten.

Eine leistungsfähige statistische Fachbibliothek steht nicht nur den Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes zur Verfügung, sie ist auch einer breiten Interessentenschaft zugänglich. Mitarbeiter aus Behörden des Landes und der Kommunalverwaltungen, Wissenschaftler und Studenten der Universität, pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen, auch Schüler, die mit oft recht anspruchsvollen Arbeiten betraut sind, besuchen unsere Bibliothek und arbeiten dort am Material, das ihnen durch fachkundiges Personal zur Verfügung gestellt wird. Wenn sie speziellen Rat benötigen, können sie unmittelbaren Kontakt zum zuständigen Sachbearbeiter oder Dezernenten im Hause suchen.

Die Bücherei besitzt alles veröffentlichte statistische Material des Landes, des Bundes und aller übrigen Bundesländer der Nachkriegszeit, darüber hinaus Statistiken einer Reihe wichtiger Länder der Welt, insbesondere auch der skandinavischen Länder, sowie die Standardveröffentlichungen der übernationalen Organisationen. Außerdem kann der Besucher der Bücherei auf eine Vielzahl sonstiger Veröffentlichungen mit den Schwerpunkten Volkswirtschaft und Fachstatistiken sowie Werke über Theorie und Technik der Statistik und statistische Arbeitsmethoden zurückgreifen. Insgesamt ist der Büchereibestand von 47 Werken im Jahre 1947 auf jetzt ca. 35 000 Bände gewachsen.



Die Personalvertretung stellt sich vor

Am 1. Februar 1954 hat der schleswig-holsteinische Gesetzgeber durch Erlaß des Personalvertretungsgesetzes (PersVG) den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes die Beteiligung an den sie berührenden Angelegenheiten durch den Personalrat ermöglicht. Nach mehreren Novellierungen gilt heute seine Fassung vom 17.1.1974.

In diesem Gesetz ist u. a. die Wahl und Zusammensetzung des auf vier Jahre gewählten Personalrats festgelegt. Ausgehend von der Personalstruktur in den Dienststellen — im Statistischen Landesamt sind 86 % Angestellte, 12 % Beamte und 2 % Arbeiter beschäftigt — wird die Anzahl der ehrenamtlichen Mandatsträger für Angestellte, Beamte und Arbeiter bestimmt. Der jetzige Personalrat beim Statistischen Landesamt befindet sich in der 5. Amtsperiode. Er hat sieben Mitglieder, sechs Vertreter der Angestellten und einen Vertreter der Beamtengruppe. Die Interessen der Gruppe der Arbeiter bei unserer Dienststelle werden durch die Vertreter der Angestellten wahrgenommen.

Die vielschichtigen Aufgaben im Bereich der Mitbestimmung und der Mitwirkung regelt das PersVG. Durchschnittlich zweimal im Monat tritt der Personalrat zusammen, zusätzliche Sitzungen sind gelegentlich nötig, wenn eine Mitarbeitergruppe plötzlich auftretende oder schwerwiegende Probleme hat. Den größten Zeitaufwand erfordern die Personalangelegenheiten wie Einstellungen, Höhergruppierungen, Übernahmen von bisher befristet Angestellten auf unbestimmte Zeit und Umsetzungen. Bei der Mitbestimmung und Mitwirkung in Personalangelegenheiten stehen die

obersten Ziele des Personalrats und der Verwaltung, nämlich das Wohl der Mitarbeiter und die Erfüllung dienstlicher Aufgaben, gleichrangig nebeneinander. So wird sachlich und fachlich diskutiert, um Lösungen zu erarbeiten, die beiden Seiten gerecht werden und vom Personalrat und der Amtsleitung gemeinsam getragen werden können.



Neben den gesetzlich angeordneten laufenden Statistiken sind in unserem Hause auch die durch den Gesetzgeber veranlaßten einmaligen Statistiken durchzuführen. Diese einmaligen Statistiken sind zahlenmäßig und nach ihrem Umfang in den einzelnen Jahren sehr verschieden. Entsprechend unterschiedlich ist dann auch die Zahl der einzustellenden Zeit- oder Aushilfskräfte; von unseren Stammkräften können diese Aufgaben nicht bewältigt werden. Dieser Mitarbeiterkreis unterliegt einer „Sonderregelung“ des für uns geltenden Bundes-Angestelltentarifs, die besondere Aufmerksamkeit verlangt. So müssen die Pläne für den Ablauf der Arbeiten, ihr genauer Umfang und die erforderliche Anzahl der Kräfte ermittelt werden, um möglichst konkrete Angaben für die Bestimmung der Dauer der einzelnen Arbeitsverträge zu haben. Trotzdem kann das Ende einer Aufgabe nicht immer als Datum fixiert werden; in solchen Fällen werden die Arbeitsverträge auf den Eintritt eines Ereignisses befristet.

Aus diesem Reservoir neuer Mitarbeiter rekrutiert sich in nicht geringem Maße der Zugang späterer Stammkräfte unserer Dienststelle. Schwierigkeiten bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit ergeben sich oft durch das Fehlen von Planstellen. Geeignet erscheinende Kräfte müssen leider manchmal das Amt verlassen, weil im Moment die Übernahme auf eine Planstelle nicht möglich ist.

Für das Verfahren zur Besetzung frei werdender Planstellen gibt es zwischen der Dienststelle und dem Personalrat eine einvernehmliche Regelung. Dadurch besteht für geeignete Mitarbeiter

immer wieder die Chance zur Übernahme auf einen Dauerarbeitsplatz oder für eine Höhergruppierung. Der Personalrat sieht hier seine Hauptaufgabe darin, neben den dienstlichen besonders die sozialen Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Viele unserer neuen Mitarbeiter besitzen keine oder kaum nennenswerte statistische Vorbildung. Das hat dazu geführt, der Einarbeitung dieser noch berufsfremden Kollegen im Interesse unserer Dienststelle besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Deshalb werden im Einvernehmen von Amtsleitung und Personalrat seit einigen Jahren neben der Ausbildung am Arbeitsplatz in größeren Zeitabständen in unserem Hause Grundkurse für Statistik durchgeführt. Diese interne Fortbildung unterrichtet u. a. über die Aufgaben und Organisation der Statistik sowie die Grundlagen statistischer Arbeit mit ihren Arbeitsschritten bei statistischen Erhebungen, über das Rechnen, die automatisierte Datenverarbeitung und die Darbietung statistischer Ergebnisse. Tests über das Vermittelte spiegeln den Erfolg aller Beteiligten wider. Dem Mitarbeiter gibt der Unterricht Rüstzeug für seine künftigen Aufgaben. Der Erfolg hat sich eingestellt und berechtigt zu weiteren Fortbildungsmaßnahmen; gedacht wird an Aufbaukurse für spezielle Arbeitsgebiete.

Der Personalrat hat außerdem bei der Gestaltung der Dienstzeitregelung mitgewirkt. Darüber hinaus werden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bei Bedarf Dienstvereinbarungen mit der Amtsleitung geschlossen. Auf Initiative des Personalrats wurden Regelungen für Kantine und Warenverkaufsstelle in unserem neuen Dienstgebäude in die Wege geleitet.

Der Personalrat ist Ansprechpartner der Mitarbeiter in allen Fragen des Alltags, ganz besonders hinsichtlich sozialer Probleme. Angesichts der bisher nicht zufriedenstellenden Unterbringung der Mitarbeiter in der Enge der Räumlichkeiten war der Personalrat an der Gestaltung der Arbeitsplätze vieler Kolleginnen und Kollegen beteiligt.

Durch Betreiben des Personalrats haben sich viele Hobbygruppen gebildet: zum Beispiel Betriebssport, Skat, Foto- und Filmgruppen. Dadurch wird auch außerdienstlich das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Gemeinsamkeit der Mitarbeiter sichtbar. Mitarbeiter, die bei der Landesbildstelle den Filmvorführschein erwarben, stehen selbstverständlich auch für dienstliche Fortbildungsveranstaltungen mit Filmen zur Verfügung. Jährlich werden unter der Regie des Personalrats ein Amtsausflug und ein Betriebsfest organisiert, die unter reger Beteiligung der Mitarbeiter für ein gutes Betriebsklima sorgen.

Von der Vielseitigkeit der Aufgaben und Geschehnisse setzt der Personalrat einmal im Monat alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kenntnis. Das Nachrichtenblatt „Neues vom Personalrat“ soll die Tätigkeit des Personalrats sowie alle damit verbundenen Arbeiten bekanntmachen und veranschaulichen. Aber auch der Einzelne kann sich hier zu Wort melden mit Lob oder Kritik, sogar mit Humor, ganz wie es ihm beliebt.

Ein Jahr Personalratsarbeit endet mit der gesetzlichen Pflicht, eine Personalversammlung abzuhalten. Hier wird im Rechenschaftsbericht zusammengefaßt, was geschehen ist und was künftig geschehen soll.

Anhang

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes

Kurzgefaßte Übersicht

Erklärungsbeispiel: Kennziffer (Inhalt): A II 1
 Periodizität*: -j
 regionale Gliederung**: -K

* m: monatlich, vj: vierteljährlich, hj: halbjährlich, j: jährlich, u: unregelmäßig

**G: Gemeinden, K: kreisfreie Städte und Kreise.

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Laufende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch j-K
 Statistisches Taschenbuch j-K
 Statistische Monatshefte m-K

Einmalige Veröffentlichungen

Historisches Gemeindeverzeichnis
 (1867 — 1970) G
 Das Flüchtlingsgeschehen infolge des
 2. Weltkriegs (bis 1970) G
 Lange Reihen zur Bevölkerungs- und
 Wirtschaftsentwicklung (1950 — 1975)
 Gemeindestatistik 1970
 Teil 1: Gebäude und Wohnungen 1968 G
 Teil 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
 (vergriffen) G
 Teil 3: Arbeitsstätten G
 Teil 4: Landwirtschaft (2 Hefte) G
 Teil 5: Weitere Strukturdaten G
 Wohnplatzverzeichnis 1970 G

Verzeichnisse

Ämter mit den zugehörigen Gemeinden j-G
 Kreise mit den zugehörigen Gemeinden vj-G
 Krankenhäuser j-K
 Allgemeinbildende Schulen j-K
 Berufsbildende Schulen j-K
 Einrichtungen der Jugendhilfe
 sowie Alten(pflege)heime u-K

Statistische Berichte über laufende Erhebungen

Gebiet

Gebietsänderungen j-G

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung A I 1 — vj-K
 Wohnbevölkerung der Gemeinden A I 2 — j-G
 Bevölkerung nach Alter und Geschlecht A I 3 — j-K
 Ausländer A I 4 — j-K
 Bevölkerung nach Alter, Geschlecht
 und Familienstand (Mikrozensus) A I 5 — j
 Haushalte (Mikrozensus) A I 7 — j
 Bevölkerungsvorausschätzung A I 8 — u-K

Bevölkerungsbewegung

Eheschließungen, Geborene
 und Gestorbene A II 1 — vj, j-K
 Gerichtliche Ehelösungen A II 2 — j-K
 Allgemeine Sterbetafel 1970/72 A II/S — u
 Wanderungen A III 1 — vj, j-K
 Kreisweise Wanderungsströme A III 2 — j-K

Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen tätige Personen A IV 1 — j-K
 Krankenhäuser A IV 2 — j-K
 Gestorbene nach Todesursache,
 Geschlecht und Alter A IV 3 — j
 Anzeigepflichtige übertragbare
 Krankheiten A IV 4 — m, j-K
 Tuberkulose A IV 5 — j-K

Gemeldete Geschlechtskrankheiten A IV 6 - vj, j-K
Krankheiten der Krankenhauspatienten A IV 9 - j

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigkeit (Mikrozensus) A VI 2 - j
Wohnbevölkerung nach überwiegendem
Lebensunterhalt (Mikrozensus) A VI 4 - j
Versicherungspflichtig beschäftigte
Arbeitnehmer A VI 5 - vj-K

Schulwesen

Allgemeinbildende Schulen (2 Teile) B I 1 - j-K
Lehrer in allgemeinbildenden Schulen B I 2 - j-K
Studien- und Berufswünsche B I 3 - j
Schulsport 1973/74 B I 4 - u
Berufsbildende Schulen B II 1 - j-K
Lehrer in berufsbildenden Schulen B II 2 - j-K
Hochschulen: Studenten (3 Teile) B III 1 - hj
Lehrernachwuchs B III 2 - j
Abschlußprüfungen B III 3 - hj

Rechtspflege

Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte B VI 1 - j
Zivil- und Strafsachen B VI 2 - j
Bewährungshilfe B VI 7 - j

Wahlen

Bundestagswahl B VII 1 - G
Landtagswahl B VII 2 - G
Kommunalwahlen B VII 3 - G
Europawahl 1979 B VII 5 - G

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Nutzungsarten der Bodenflächen C I/S - u-G
Bodennutzung und Ernte
(Zusammenfassung) C I/C II - j-K
Bodennutzung C I 1 - j-K
Anbauabsichten im Verkaufsgemüsebau C I 2 - j
Anbau von Gemüse und anderen
Gartengewächsen zum Verkauf C I 3 - j-K
Anbau von Blumen und Zierpflanzen
zum Verkauf C I 6 - 3j-K
Flächen der Obstanlagen und Obstbaum-
bestände (Erwerbsmäßiger Obstanbau) C I 8 - 5j-K
Erntebericht über Feldfrüchte und Grünland C II 1 - m, j-K
Erntebericht über Gemüse C II 2 - m, j
Erntebericht über Obst C II 3 - m, j
Pflanzenbestände und Flächen
der Baumschulen C II 5 - j-K
Viehwirtschaft (Zusammenfassung) C III - j-K

Viehbestände C III 1 - vj-K
Schlachtungen C III 2 - m, j-K
Milcherzeugung und -verwendung C III 3 - m, j-K
Brut und Schlachtungen von Geflügel C III 6 - m, j
Arbeitskräfte in landw. Betrieben C IV 1 - j
Größenstruktur der land- und
forstwirtschaftlichen Betriebe C IV 7 - j-K
Agrarstruktur (mehrere Teile) C IV 9 - 2j-G

Unternehmen und Arbeitsstätten

Kapitalgesellschaften D I 1 - j

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe
Betriebe E I 1 - m, j-K
Unternehmen E I 4 - j-K
Produktion E I 5 - j
Investitionen E I 6 - j-K
Bauhauptgewerbe
Betriebe, 20 und mehr Beschäftigte E II 1 - m-K
" , alle Betriebe E II 2 - j-K
Unternehmen und Investitionen E II 3 - j-K
Ausbaugewerbe
Betriebe E III 1 - m
Betriebe E III 2 - j-K
Unternehmen und Investitionen E III 3 - j-K
Öffentliche Energie- und Wasserversorgung
Betriebe E IV 1 - j
Handwerk, repräsentative Erhebung E V 1 - vj

Bautätigkeit und Wohnungswesen

Baugenehmigungen F II 1 - m, j-K
Baufertigstellungen F II 2 - j-K
Bauüberhang F II 3 - j-K
Bestand an Wohngebäuden
und Wohnungen F II 4 - j-K
Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau F II 5 - j-K
Wohngeld (2 Teile) F II 11 - j-K

Handel und Gastgewerbe

Umsatzentwicklung im Einzelhandel G I 1 - m
Wareneinkauf, Lagerbestand und
Rohertragsquote im Einzelhandel G I 3 - j
Ausfuhr G III 1 - m, j
Einfuhr G III 3 - j
Fremdenverkehr
(Gäste, Übernachtungen) G IV 1 - m, hj-G
Beherbergungskapazität G IV 2 - j-G
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe G IV 3 - m

Verkehr

| | |
|--|-----------------|
| Straßenverkehrsunfälle | H I 1 - m, j-K |
| Kraftfahrzeugbestand | H I 2 - hj, j-K |
| Güterverkehr auf den Eisenbahnen | H I 5 - j |
| Güterfernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen | H I 6 - j |
| Binnenschifffahrt | H II 1 - j |
| Seeschifffahrt (mit Nord-Ostsee-Kanal) | H II 2 - j |
| Güterumschlag in den Häfen (See- und Binnenschifffahrt) | H II/S - j |

Geld und Kredit

| | |
|---|-------------|
| Zahlungsschwierigkeiten (Konkurse und Vergleichsverfahren) | J I 1 - j-K |
|---|-------------|

Öffentliche Sozialleistungen

| | |
|---------------------------------------|----------------|
| Sozialhilfe (2 Teile) | K I 1 - j-K |
| Hilfe zur Pflege 1977 | K I 2 |
| Öffentliche Jugendhilfe | K I 3 - j-K |
| Personalstruktur der Jugendhilfe 1974 | K I 4 |
| Behinderte | K III 1 - 2j-K |
| Kriegsopferfürsorge | K III 3 - j-K |

Finanzen und Steuern

| | |
|---|--------------------|
| Staatliche Steuern | L I 1 - vj, j |
| Staatliche und kommunale Steuern (auch Bundesgebiet) | L I 1/L II 2/S - j |
| Öffentliche Haushaltsrechnungen | L I 3/L II 3 - j-K |
| Hochschulfinanzen | L I 7 - j |
| Gemeindefinanzen (2 Teile) | L II 2 - vj, j-K |
| Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände | L II 5 - j |
| Realsteuervergleich | L II 7 - j-G |
| Schlüsselzuweisungen | L II 9 - j-K |
| Schulden Land, Gemeinden und -verbände | L III 1 - j-K |
| Personal im öffentlichen Dienst | L III 2 - j-K |
| Personalstruktur im öffentlichen Dienst | L III 2 - u |
| Umsatzsteuer | L IV 1 - 2j-K |
| Lohnsteuer | L IV 2 - 3j-K |
| Einkommensteuer | L IV 3 - 3j-K |
| Körperschaftsteuer | L IV 4 - 3j |
| Einheitswerte des Betriebsvermögens | L IV 5 - 3j-K |
| Vermögensteuer | L IV 8 - 3j-K |

Preise

| | |
|---|--------------|
| Erzeuger- und Großhandelspreise für die Landwirtschaft | M I 1 - j |
| Verbraucherpreise | M I 2 - m, j |
| Preisindex der Lebenshaltung (Bundesgebiet) | M I 2/S - m |

| | |
|--|-----------------|
| Preisindizes für Bauwerke (Bundesgebiet) | M I 4/S - vj |
| Kaufwerte von Bauland | M I 6 - vj, j-K |
| Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke | M I 7 - j-K |

Löhne und Gehälter

| | |
|---|------------|
| Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel | N I 1 - vj |
| Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk | N I 2 - hj |
| Verdienste und Arbeitszeiten in der Landwirtschaft | N I 3 - j |
| Jahresverdienste in Industrie und Handel | N I 4 - j |
| EWG-Personalkosten 1974 | N III 1 |

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

| | |
|--|--------------|
| Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt | P I 1 - u |
| Sozialprodukt | P I 2 - u |
| Bruttowertschöpfung und Brutto- inlandsprodukt in den Kreisen | P II 1 - u-K |

Umweltschutz

| | |
|---|---------------|
| Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung | Q I 1 - 4j-K |
| Wasserversorgung und Abwasser- beseitigung in der Wirtschaft | Q I 2 - 2j-K |
| Unfälle bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe | Q I 3 - j |
| Öffentliche Abfallbeseitigung | Q II 1 - 2j-K |
| Betriebseigene Abfallbeseitigung | Q II 2 - 2j |
| Investitionen für Umweltschutz | Q III 1 - j-K |

Statistische Berichte über Sonderzählungen

| |
|--|
| A/Volks- und Berufszählung 1970 (mehrere Teile, G) |
| C/Landwirtschaftszählung 1979 (mehrere Teile, K) |
| C/Gartenbauerhebung 1972/73 (mehrere Teile, K) |
| C/Forsterhebung 1972 |
| C/Binnenfischereierhebung 1972 (K) |
| D/Arbeitsstättenzählung 1970 (mehrere Teile, G) |
| E/Handwerkszählung 1977 (mehrere Teile, G) |
| F/Wohnungsstichprobe 1978 |
| G/Handels- und Gaststättenzählung 1979 (mehrere Teile) |
| H/Gemeindestraßen 1976 (K) |
| N/Gehalts- und Lohnstruktur 1978 |

Der Organisationsplan des Statistischen Landesamtes

Personalrat
Vorsitzender Latz

Leiter Dr. Mohr
Vertreter Muske

900 Heinemann
Redaktion der Monatshefte

910 Pawlitzki
ADV, Querschnittsaufgaben
mit ADV-Bezug

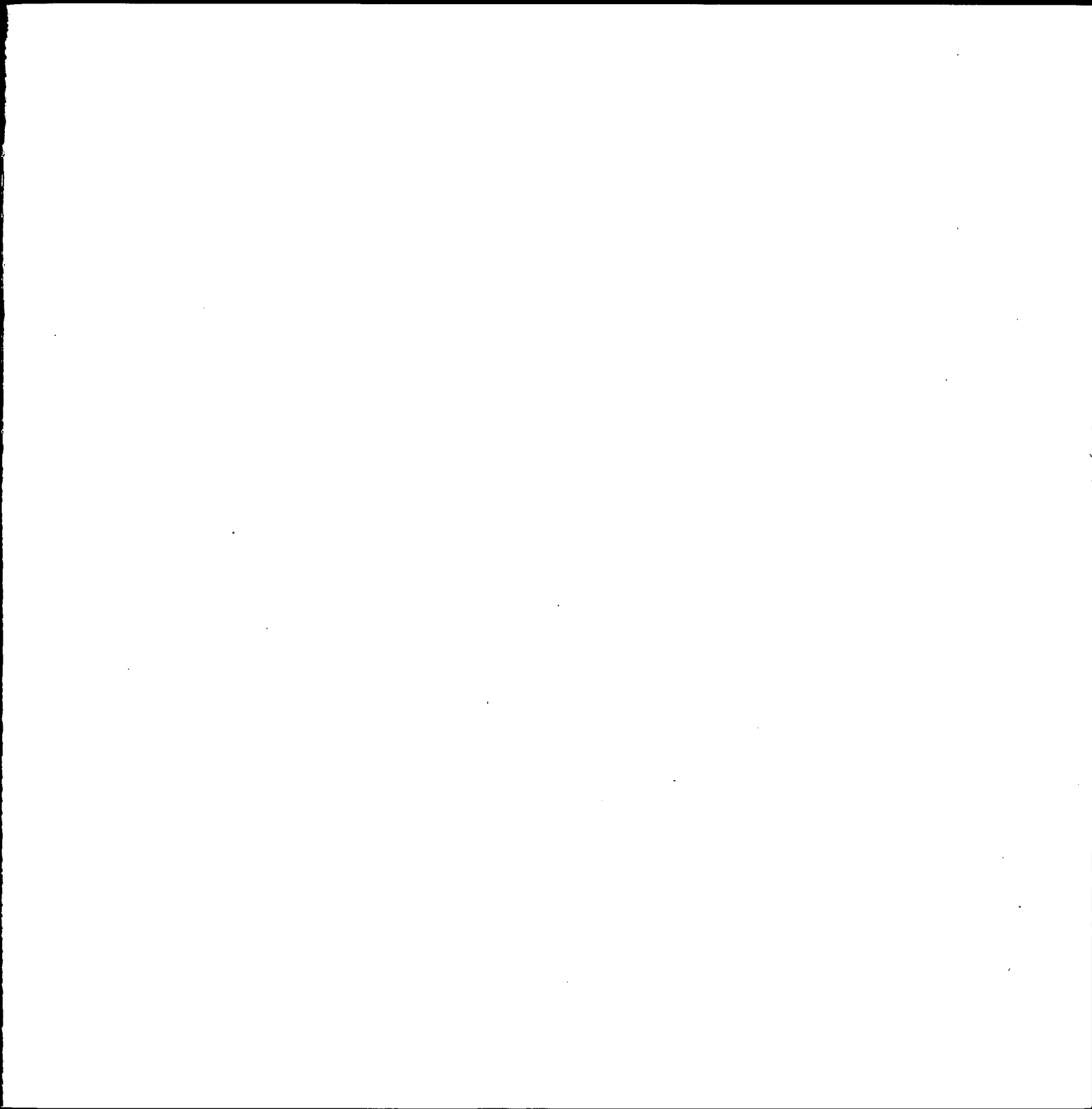
| | | | | |
|--|--|---|--|--|
| <p>1 Muske Allgemeine Abteilung</p> | <p>2 Dahms Finanzen, Steuern Produzierendes Gewerbe Umweltschutz, Bautätigkeit</p> | <p>3 Heinemann Handel, Verkehr Soziales Bevölkerungszensus</p> | <p>4 Dr. Sievers Agrarwirtschaft Preise Löhne</p> | <p>5 Korscheya Bevölkerungsstand und -bewegung Bildung</p> |
| <p>100 Pahlke Büroleitender Beamter Personalangelegenheiten Haushalts- angelegenheiten Zentraler Schreibdienst</p> | <p>200 Dahms Staats- und Kommunal- finanzen Öffentlicher Dienst Steuern Geld und Kredit Wahlen</p> | <p>300 König Handel Verkehr</p> | <p>400 Dr. Grunwaldt Tierische Produktion Viehbestände Bodennutzung Betriebsregister</p> | <p>500 Thissen Bevölkerungsstand und -bewegung</p> |
| <p>110 Muske Rechtsfragen der Statistik Bußgeldverfahren Aus-, Fort- u. Weiterbildung Allgemeine Querschnitts- aufgaben</p> | <p>210 Scheithauer Energie- und Wasser- wirtschaft Verarbeitendes Gewerbe Handwerk Unternehmens- und Betriebskartei Arbeitsstättenzählung</p> | <p>310 Heinemann Gesundheit Sozialleistungen Rechtspflege</p> | <p>410 Dr. Sievers Agrarberichterstattung Landwirtschaftszählung Arbeitskräfte Ernten Gartenbau</p> | <p>510 Korscheya Schulbildung Berufsbildung Weiterbildung</p> |
| <p>120 Möller Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Zentrale Auskunft Veröffentlichung Bücherei</p> | <p>220 Struck Baugewerbe Umweltschutz Bautätigkeit</p> | <p>320 Rüdel Mikrozensus Volks- und Wohnungs- zählung</p> | <p>420 Dr. Lück Preise, Preisindizes Wirtschaftsrechnungen Löhne, Personalkosten</p> | <p>520 Wormeck Hochschulen</p> |
| <p>130 Scheel Verknüpfung und Sicherung statistischer Daten</p> | | | | |

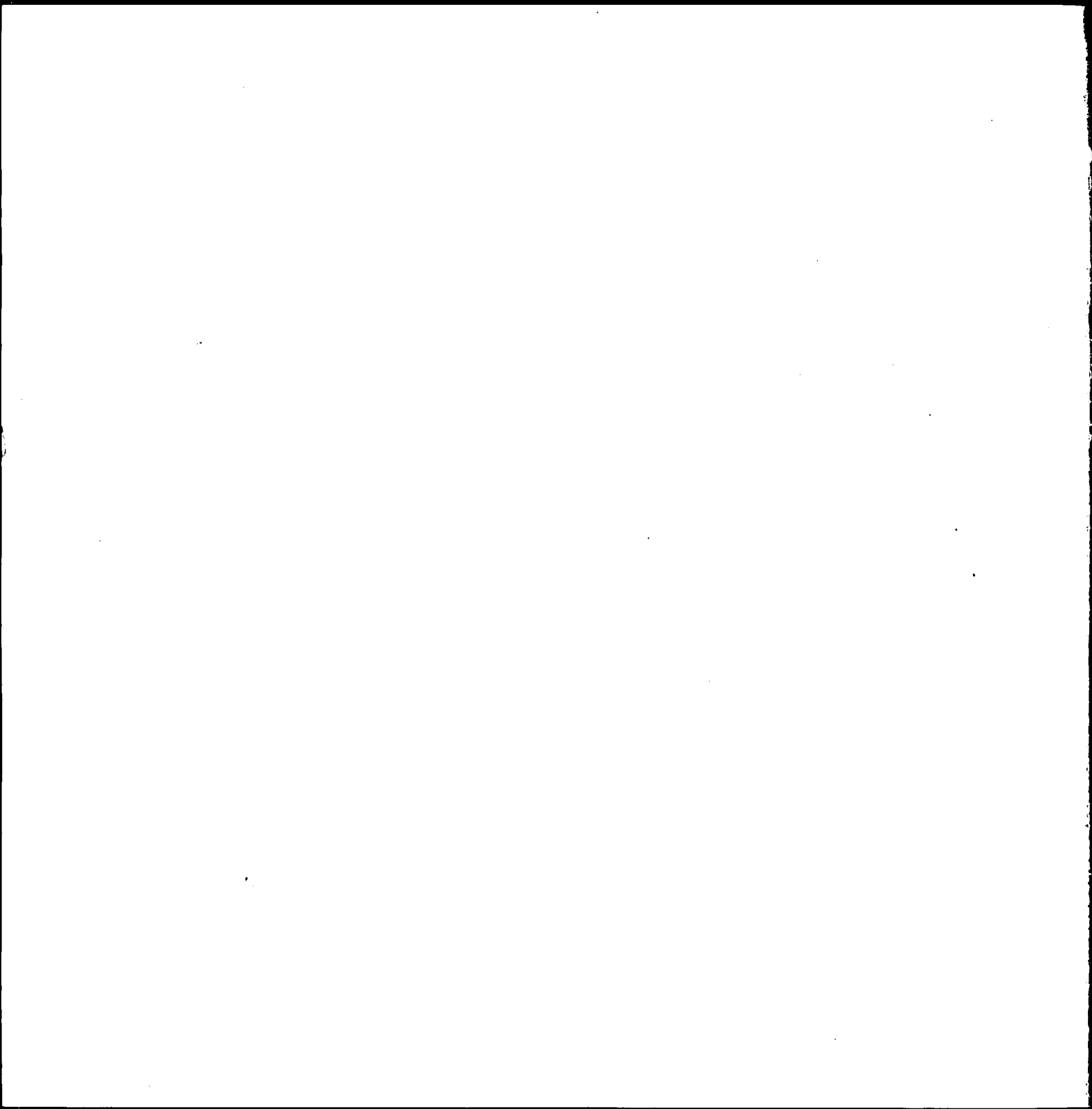
Kiel 1981

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein,
Kiel, Fröbelstr. 15 – 17

Druck:
Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel

Dieses Heft wurde von Amtsangehörigen gestaltet.










STATISTISCHES
LANDESAMT
SCHLESWIG - HOLSTEIN
KIEL, FRÖBELSTR. 15 - 17
TELEFON: 0431 / 68 95 1